

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Schlimm ist es, dass die mittlerweile überflüssige Partei ohne Neuwahlen immer noch weitermachen kann als wären die bereits zur Gewohnheit gewordenen Landtagsdesaster nicht relevant. Frau Merkel macht es möglich. Wer mit wem koalieren kann, entscheiden zunehmend die Piraten. Auch dies ist gelinde gesagt äußerst gewöhnungsbedürftig. Allerdings grasen die ein Feld ab, bei dem es fragwürdig ist ob hier der Freiheitsbegriff verantwortungsvoll definiert wird.

Heiko Maas hat wohl Recht, das Wahlziel war wohl nicht erreichbar wegen der Besonderheiten der Saar – SPD in Bezug auf Lafontaine. Trotzdem ist die Koalition mit der CDU dort die einzige dem Lande dienliche Lösung.

Ende gut, kann man in der Bundespräsidentenfrage glücklicherweise nur sagen. Gauck mag unbequem sein – mit seinem Bekenntnis zum Sozialstaat hat er den Zweiflern deutlich gemacht, dass sein Freiheitsbegriff und Gerechtigkeit sich gegenseitig bedingen. Wer will mehr verlangen?

Ein Jahr Grün/Rot in BW – Der Übergang hat teilweise gedauert, mittlerweile ist der Alltag eingekehrt und – die Bilanz ist doch gar nicht schlecht. Die Umfragewerte könnten etwas besser sein. Die Partnerschaft ist nicht die ganz große Liebe, doch wenn sich selbst die Grünen freuen, wenn der „Wadenbeisser“ (Terrier an der Leine) auf die Opposition losgeht, kann man auf ein „Wir-Gefühl“ schließen.

Die CDU hat immer noch nicht begriffen wie Opposition geht. Vor allem im ländlichen Raum ist das schwarze Übergewicht drückend: Kreistage, Landräte, Bürgermeister, Gemeinderäte – hier müssen wir dringend Änderungen herbeiführen, möglicherweise mit punktuellen Bündnis mit Grünen auf Ebenen unter der Landtagsebene.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

**Karl-Heinz König, Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Gleichstellung muss Wirklichkeit werden	2
- <b>Europa:</b> Im Binnenmarkt ist Roaming von gestern - Keine Ratings mehr im eigenen Interesse! - Hoher Besuch in Hohenlohe	3 - 5
- <b>Bund:</b> Keine Mehrheiten mehr für Merkel-Koalition - Zeit ist reif für mehr Frauen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft - Wir Frauen wollen die gleich berechnete Teilhabe an Zeit, Macht und Geld!	5 - 7
- Bundesregierung würgt Solarstrom-Förderung ab	8 - 9
- <b>BW:</b> Bilanz nach einem Jahr grün-roter Landesregierung in Stuttgart	9 - 10
- <b>SPD-Bodenseekreis:</b> Brief: Windkraftanlagen, neues Gesetz - Wie geht's den SPD-Ortsvereinen Tettngang, Kluffern, Markdorf, Salemertal? - Termine im Bodenseekreis	11-12
- <b>SBI:</b> Bodensee-S-Bahn oder BODAN RAIL 2020 - Motorbote auf dem Bodensee machen negative Schlagzeilen!	13-14
- <b>SP Kanton SG:</b> SP unterstützt Konzept „Bodensee-Rheintal Y“ - SP will zwei soziale Stimmen in der Regierung	15-16
- Bitte keine Unwahrheiten! - Konzentration auf den Kernauftrag - Fredy Fässler in die Regierung!	17-19
- <b>SPÖ Vorarlberg:</b> SPÖ trauert um Ehrenvorsitzenden Karl Falschlunger	19
- Halber Lohn - Weniger Pension – Erfolgreicher Start der Kampagne der SPÖ-Frauen in Vorarlberg - Bundeskanzler Faymann unterstreicht Forderung nach einem Atomausstieg Europas	19-21
- <b>SPD Kreis BC und Martin Gerster:</b>	
- Umweltverbände und MdB Gerster kritisieren Kappung der Solarförderung	21
- Ein Jahr USA – Grünes Licht aus Stuttgart	22-23
- Biberacherin erkundet politischen Journalismus in der Bundeshauptstadt - Land wertet PG-Konzept auf - „Nicht alles ist im ersten Jahr zu schaffen“	23-25
- <b>SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz:</b>	
- "Wir sind ja nur Frauen"	25-26
- <b>SPD Kreis RV:</b> Ist das die Realität der Parteireform?	26
- <b>Ulm und Hilde Mattheis:</b>	
- H. Mattheis, MdB besucht die Deutsche Rentenversicherungsstelle in Ulm	26-27
- Schlecker-Mitarbeiterinnen nicht im Regen stehen lassen! – H. Mattheis im Gespräch mit den Hospizgruppen in und um Ulm	27-28
- <b>BavarnSPD:</b> Lindaus neuer SPD-OB: Gerhard Ecker - Stichwahl in Lindau klar für SPD-Kandidaten entschieden	28-30
- Fortsetzung Termine - Rüstungskonversion am Bodensee und Ostermarsch 2012	30-32
- Mail-Informationsdienst der SPD- Bundestagsfraktion Freitag, 23. März 2012	32-36
- Impressum	37

## Gleichstellung muss Wirklichkeit werden

### Frauenempfang am 11. März 2012 in Ulm

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März erklärt die SPD-Kreisvorsitzende von Alb-Donau **Heidi Ankner**: „Unser Grundgesetz ist eindeutig: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Doch die Realität sieht leider noch immer anders aus: Frauen verdienen noch immer selbst bei gleicher Tätigkeit weniger als Männer und sind seltener in Führungspositionen anzutreffen. Frauen sind weit häufiger von prekärer Beschäftigung, Minijobs und Armut betroffen. Wie das ausgehen kann, müssen wir aktuell an der Situation der Beschäftigten bei Schlecker, die ja überwiegend Frauen sind, erleben.“

Die ASF-Kreisvorsitzende **Andrea Schiele** ergänzt: „Trotz Grundgesetz und Antidiskriminierungsgesetz: An verbindlichen und konkreten Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern mangelt es noch immer. Wer Gleichstellungspolitik ernst meint, muss einen gesetzlichen Mindestlohn einführen und für reguläre Beschäftigung statt prekärer Beschäftigung eintreten. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert jeden gleichstellungspolitischen Fortschritt.“

Für Gleichstellungsfortschritte bedarf es nun konkreter gesetzlicher Maßnahmen. „Nur 3,7% der Vorstände in DAX-Unternehmen sind Frauen. Freiwillige Vereinbarungen zeigen offensichtlich kaum Wirkung. Deshalb bringt die SPD-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf ein, der die geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen vorschreibt“, so die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**.

*Presseerklärung von Heidi Ankner (SPD-Kreisvorsitzende in Alb-Donau), Andrea Schiele (Kreisvorsitzende der ASF Ulm, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis*



# Europa

## Europa

Von jetzt an wird der Rote Seehas nicht nur an dieser Stelle Beiträge unserer Europaabgeordneten veröffentlichen. Etwa alle 2 Monate wird es eine eigene Europa-Ausgabe geben. Hier werden dann jeweils auf etwa einer Seite Informationen zu Europa stehen. Beiträge zum Thema EUROPA sind ebenfalls willkommen. Evelyne Gebhardt und Peter Simon haben bereits ihre Mitarbeit angekündigt.



**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

### „Im Binnenmarkt ist Roaming von gestern“

#### Industrieausschuss stellt Weichen für ein roamingfreies Europa

In der heutigen Abstimmung zur Roaming-Verordnung hat der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion die Weichen für ein zukünftiges Europa ohne Grenzen auf dem Mobilfunkmarkt gestellt. Damit wurde ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass nationale Grenzen endlich auch auf dem Mobilfunkmarkt fallen.

„Einen europäischen Binnenmarkt für mobile Telekommunikation wird es nur dann geben, wenn endlich nicht mehr zwischen nationalen und europäischen Preisen unterschieden wird. Schon 2007 haben wir von den Mobilfunkbetreibern verlangt, Roaminggebühren zu senken. Doch es ist nichts passiert. Hindernisse für die Mobilität in Europa müssen abgeschafft werden. Die heutige Entscheidung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Als

nächstes muss aber kommen, dass wir nicht mehr zwischen Kehl und Hamburg und Kehl und Straßburg unterscheiden“, erklärte die sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz Evelyne Gebhardt.

Der SPD-Europaabgeordnete Norbert Glante, Mitglied des Industrieausschusses: „Es ist paradox, dass ein Telefonat von Frankfurt (Oder) nach Slubice in Polen um ein Vielfaches teurer ist, als ein Anruf von Frankfurt (Oder) nach Saarbrücken. Wenn der europäische Mobilfunkmarkt in naher Zukunft vollendet ist, werden sich Telefonanbieter nicht mehr an der künstlichen Aufrechterhaltung nationaler Grenzen bereichern können.“

Telefonanbieter müssen künftig bei Anrufen, SMS und Datentransfers mit Mobiltelefonen auf eine Unterscheidung zwischen nationalen und Roaming-Gebühren verzichten und einen einheitlichen Tarif einführen. Zudem müssen Kunden künftig besser über anfallende Gebühren informiert werden.

Wegen der konservativ-liberalen Mehrheit wird das allerdings leider erst nach 2016 Realität werden. Konservative und Liberale hatten sich bei den Verhandlungen vehement gegen die Einführung eines bindenden Tarifs vor dem Jahr 2016 gesträubt: „Konservative und Liberale stellen die Interessen der Mobilfunkindustrie über die der Verbraucher“, so Evelyne Gebhardt. Jedoch sollen einige wenige Preissenkungen wie fürs Daten-Roaming schon ab 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten.

In den nächsten Tagen werden Verhandlungen zwischen dem Europaparlament und dem Ministerrat stattfinden. Die Abstimmung im Plenum ist für Mai geplant.

**Brüssel, 28. 02. 2012** Für weitere Informationen:  
**Abgeordnetenbüro Evelyne Gebhardt  
+ Norbert Glante**

**Peter SIMON:**

## **"Keine Ratings mehr im eigenen Interesse!"**

### **EP-Wirtschaftsausschuss mit Regulierungspaket für Ratingagenturen**

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) des Europäischen Parlaments hat heute Vorschläge für eine umfassende Regulierung und eine grundlegende Neuordnung der Ratingagenturen vorgelegt. "Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Ratingagenturen haben nicht nur viel zu spät vor der Krise gewarnt, sondern diese durch fragwürdige Entscheidungen immer wieder verschärft. Mitgliedstaaten, die durch die Krise in Finanzschwierigkeiten gerieten, wurden herabgestuft und nachdem diese Staaten einen Sparkurs einschlugen, wurden sie von den Agenturen nochmals schlechter bewertet. Das war weder transparent noch nachvollziehbar. Dieser Teufelskreis muss endlich durchbrochen werden", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion im ECON-Ausschuss die Einrichtung einer unabhängiger europäischer Ratingagentur in öffentlicher Hand. "Dies würde endlich mehr Wettbewerb bedeuten und die Abhängigkeit von dem momentanen Oligopol der drei großen anglo-amerikanischen Ratingagenturen reduzieren", betont **Peter SIMON**. Zudem soll die Bewertung der Bonität souveräner Staaten nicht mehr an private Firmen ausgegliedert werden, die einer nur unzureichenden Kontrolle unterliegen und unaufgeforderte Staatschulden-Ratings verboten werden. Besonders wichtig ist dem Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses, dass die heute vorgestellten Regulierungsvorschläge auch den derzeit offensichtlichen Interessenkonflikten bei den Eigentümerstrukturen der Ratingagenturen einen Riegel verschieben würden. So sollen z. B. zukünftig die Eigentümer von Ratingagenturen keine Anteile oder finanzielle Beteiligungen an bewerteten Unternehmen mehr halten dürfen. "Es darf nicht sein, dass derjenige, dessen Unternehmen eine Bewertung abgibt, daran auch noch ein geschäftliches Interesse hat und verdient. Das müssen wir verbieten", fordert **Peter SIMON**, der im Laufe der bis-

herigen Debatte kontinuierlich auf diese Interessenkonflikte hingewiesen und sich deshalb für eine stärkere Regulierung stark gemacht hatte.

Gegenüber dem im November 2011 vorgelegten Entwurf der Europäische Kommission geht der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion in zentralen Punkten weiter, da die Kommission z. B. weder die Schaffung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur noch das vollständige Verbot von finanziellen Beteiligungen am bewerteten Unternehmen vorsieht. "Hauptziel muss sein, den Ratingagenturen wieder einen angemessenen Platz zuzuweisen. Die Ratings sollten als Informationen behandelt werden, die es zu berücksichtigen gilt, die aber weder einen Sonderstatus haben noch die Tätigkeiten von Wirtschafts- und Finanzakteuren sowie öffentlichen Einrichtungen in ein der Realwirtschaft schadendes Herdenverhalten pervertiert. Hierfür werden wir Sozialdemokraten uns in den weiteren Beratungen im Wirtschafts- und Währungsausschuss mit allem Nachdruck einsetzen", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 29.02.2012

Für weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

## **Hoher Besuch in Hohenlohe**

**Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, besucht die Region Hohenlohe-Schwäbisch Hall.**

„Ich bin ein Politiker und kein Technokrat“, so formulierte **Michel Barnier**, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, den Grund warum er der Einladung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt** nach Hohenlohe folgte. Sich vor Ort zu informieren, mit den Menschen reden, ihre Anliegen ernst nehmen, mit dieser Marschroute imponierte der ehemalige konservative französische Außen- und Landwirtschaftsminister. „Ich will, dass bei der europäischen Gesetzgebung die positiven Besonderheiten unseres Landes erkannt und geschützt werden“, sagte die Mulfinger Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

Erste Station war ein Arbeitsgespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie Bürgermeister Stefan Neumann in der

Sparkasse Hohenlohekreis in Künzelsau. Bei seiner Begrüßung gab Werner Gassert, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse, bereits die Leitlinie des Tages vor „Europa ist die Zukunft, sonst haben wir keine“.

In den Tag einleitend begrüßte **Evelyne Gebhardt** die Anwesenden und hob die konstruktive Arbeit mit Kommissar **Barnier** in den letzten Jahren hervor, in der sie zwar politisch häufig nicht einer Meinung gewesen seien, in der Sache aber immer eine vernünftige Lösung gefunden hätten.

**Michel Barnier** stellte in seinem Vortrag klar, dass er einen hohen Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung habe. Die Europäische Kommission wolle mit der anstehenden Reform der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe das Recht vereinfachen und versprach den Anwesenden, die von Landrat Jahn und anderen Teilnehmern angesprochenen Anliegen zu prüfen und mit dem Europäischen Parlament eingehend zu beraten.

Auch die derzeit geplante Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen wurde kritisch hinterfragt. **Evelyne Gebhardt** betonte in diesem Zusammenhang, dass sie und die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament auf keinen Fall zulassen würden, dass Bereiche wie die Wasserversorgung privatisiert werden. Barnier dazu: „Das haben wir auch nicht vor“. Danach nahm Bürgermeister Stefan Neumann die einmalige Gelegenheit wahr und legte dem hohen Gast das Goldene Buch der Stadt Künzelsau vor.

Nächste Station des Besuchs war ein Gespräch mit Vertretern der Bausparkasse Schwäbisch Hall. **Michel Barnier** ließ sich als zuständiger EU-Kommissar für Finanzdienstleistungen über das Geschäftsmodell der Bausparkasse informieren. Er wolle kein System behindern, das so gut funktioniere. Im Interesse der Finanzmarktstabilität sei er außerdem für die Vielfalt der Angebote, sagte er anschließend.

In einem Vortrag für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bausparkasse wies Barnier eindringlich darauf hin, dass nur ein geeintes und freies Europa auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Welt spielen könne. Auch Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land Europas sei angesichts der aufkommenden Schwellenländer nicht in der Lage, in Zukunft

allein am Tisch der mächtigsten Staaten der Welt zu sitzen.

Zum Abschluss seines Besuches in der Region nahm **Barnier** an einem Empfang der Stadt Schwäbisch Hall teil und trug sich in deren goldenes Buch ein. Bürgermeister Hermann-Josef Pelgrim begrüßte den Gast und betonte die Anstrengungen der Stadt, das europäische Projekt (?) lokal voranzubringen. Als Beispiel nannte er die Versuche der Stadt den Menschen in krisengeschüttelten Ländern eine Perspektive in Schwäbisch Hall und Umgebung aufzuzeigen und gleichzeitig dem steigenden Fachkräftebedarf vor Ort zu begegnen.

„**Herr Barnier** hat wichtige Erkenntnisse über die Bedürfnisse der Kommunen als auch von soliden Bankgeschäften gewonnen, die er in seine Arbeit in Brüssel einfließen lassen wird“, zeigte sich **Evelyne Gebhardt** am Ende des Tages überzeugt. „Ich werde bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat auch darauf achten, dass er die gewonnenen Erkenntnisse beherzigt“, so die sozialdemokratische Sprecherin für Binnenmarkt und Verbraucherschutz abschließend.

Künzelsau, 16.03.2012

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

## Keine Mehrheiten mehr für Merkel-Koalition

Die SPD hat bei der vorgezogenen Landtagswahl im Saarland deutlich gegenüber der letzten Wahl zugelegt und kommt auf 30,6 Prozent der Stimmen. Die CDU bleibt mit 35,2 Prozent stärkste Partei. Die Linke erreicht 16,1 Prozent. Die Grünen schaffen mit 5 Prozent den Einzug in das Parlament. Die FDP scheitert mit 1,2 Prozent deutlich an der Fünfprozenthürde, während die Piratenpartei 7,4 Prozent erreicht.

Trotz der herausragenden Zugewinne von über sechs Prozent habe die saarländische SPD ihr Wahlziel, den Ministerpräsidenten zu stellen, leider nicht erreicht, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles im ARD-Interview. „Das ist natürlich enttäuschend.“ Trotzdem gelte nach der Wahl, was vor der Wahl gegolten habe: Die SPD wolle mit der CDU zusammen regieren, weil beide als einzige Parteien bereit seien, die Haushaltskonsolidierung in Angriff zu nehmen. Deshalb sei das Bekenntnis von SPD-Spitzenkandidat Heiko Maas zu einer großen Koalition richtig.

## **Linkspartei im Sinkflug**

Sigmar Gabriel dankte am Abend in Berlin dem Spitzenkandidaten Heiko Maas und der SPD im Saarland für ihren engagierten Wahlkampf. Die Zugewinne von 6 Prozent seien ein "guter Auftakt für die kommenden Landtagswahlen", die in diesem Jahr noch anstehen. Der SPD-Parteivorsitzende sagte, dass der Spitzenkandidat der Linkspartei Oskar Lafontaine nun schon das dritte Mal in Folge im Saarland einer CDU-Kandidatin beziehungsweise einem Kandidaten zum Regierungssamt verholphen hätte. Das Wahlergebnis zeige jedoch auch: "Im Saarland ist die Linkspartei im Sinkflug und das wird so weitergehen."

## **Keine Mehrheiten mehr für Merkel-Koalition**

Gabriel sieht die Koalition von Angela Merkel durch die Ergebnisse im Saarland weiter geschwächt, denn die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP habe nun schon bei der neunten Wahl in Folge keine Mehrheit erhalten. Sie liege nun bei weit unter 40 Prozent. "Es gibt keine Mehrheit für diese Koalition von Frau Merkel und das wird auch so bleiben in Deutschland", so der SPD-Parteichef.

## **Klare Richtungswahlkämpfe in NRW und Schleswig-Holstein**

Den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein kann die SPD nach den aktuellen Umfrageergebnissen besonnen entgegen blicken. Dort werde ein klarer Richtungswahlkampf für rot-grüne Regierungen geführt, der darauf abziele, "dass wirtschaftlicher Erfolg endlich wieder zusammenkommt mit sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit". Mit Blick auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen sagte Sigmar Gabriel: "Hannelore Kraft – da bin ich sicher – wird einen großartigen Erfolg in Nordrhein-Westfalen einfahren." Dies sei ein gutes Zeichen für die SPD auch im Bund.

### **Saarland-Wahl live:**

Prognosen, Hochrechnungen und Wahlkreisergebnisse

**Alle Wahlkreisergebnisse finden Sie in unserer [interaktiven Wahlinfografik](#).**

25.03.2012

Teresa Bückler, Redaktion SPD.de

## **Ferner:**

# **Die Zeit ist reif für mehr Frauen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft**

Anlässlich der ersten Lesung des SPD-Gesetzesentwurfes über eine gesetzliche 40-Prozent-Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen mitbestimmter Wirtschaftsunternehmen (Chancengleichheitsförderungsgesetz) erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner:

Nach elf Jahren Stillstand ist die Zeit reif für neuen Fortschritt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzesentwurf zur Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Vorständen vorgelegt. Er sieht einen Stufenplan vor, mit dem ab dem Jahr 2015 mindestens 40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen einziehen können.

Schwarz-Gelb hingegen ist hoffnungslos zerstritten. Die FDP-Boygroup sitzt im Bremserhäuschen und hat sich endgültig von einer wirksamen Gleichstellungspolitik verabschiedet. Frau Schröder und Frau Merkel weinen gemeinsam mit anderen Ewig-Gestrigen in der Union der Idee einer unwirksamen Flexi-Quote nach. Anstatt nur ihrem Ego zu frönen und gegeneinander zu arbeiten, sollten Merkel, Schröder und von der Leyen sich gemeinsam mit uns auf den Weg machen, um endlich Verbesserungen zu erreichen. Magere 3,7 Prozent Frauen in den Vorständen der DAX30-Unternehmen und nur rund 16 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten sind ebenso inakzeptabel wie das Lohngefälle von über 21 Prozent zwischen Frauen und Männern.

Wir brauchen gesetzliche Regelungen sowohl um Entgeltgleichheit durchzusetzen als auch für eine verbindliche Frauenquote. Das sieht nicht nur die SPD so, sondern auch die Mehrheit der Menschen in Deutschland und die EU-Kommission. Deren Kommissarin Viviane Reding hat just diese Woche eine gesetzliche Frauenquote für europäische Unternehmen in Aussicht gestellt hat. Wir sind im Gegensatz zu Schwarz-Gelb dabei.

Die Vernünftigen in der Unionsfraktion haben es jetzt in der Hand, ein Zeichen zu setzen und

mit uns dafür zu sorgen, dass es nach den Aufsichtsratswahlen im nächsten Jahr deutliche Fortschritte gibt.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion zeigt, wie der Frauenanteil in der Spitze der Unternehmen einfach, praktikabel, unbürokratisch und effektiv auf 40 Prozent gesteigert werden kann – ohne Unternehmen in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden.

Wir setzen auf Einsicht und das selbstregulierende Instrument einer Politik der „leeren Stühle“: Werden die Frauenquoten in den Vorständen und Aufsichtsräten nicht eingehalten, bleiben Stühle eben leer. Das gilt sowohl für die Bänke der Anteilseigner als auch der Arbeitnehmerseite. Damit können die vielen gut qualifizierten Frauen endlich zum Zuge kommen. Denn beide Seiten im Aufsichtsrat werden ein ureigenes Interesse haben, ihre Stühle zu besetzen. Gerichtlich würde nur eingegriffen, wenn 12 Monate lang tatsächlich Stühle leer bleiben. Das ist gerecht und eine Lösung mit Augenmaß!

Die 80 bis 90 Prozent Männerquoten in den Unternehmen haben ausgedient. Die Zeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit ist jetzt gekommen – wir müssen in Sachen Gleichstellung vom Schlusslicht innerhalb der OECD endlich an die Spitze!

Berlin, 9. März 2012

Pressestelle SPD

**11. März 2012**

**Rosen am internationalen Frauentag sind schön, reichen aber nicht für ein ganzes Jahr:**

## **Wir Frauen wollen die gleichberechtigte Teilhabe an Zeit, Macht und Geld!**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD ist die Partei, die seit jeher für die Rechte der Frauen und für wirkliche Gleichstellung kämpft. Diese Woche wurde vielerorts der 101. internationale Weltfrauentag gefeiert. Ich selber lade seit vielen Jahren zusammen mit der AsF am Sonntag nach dem Internationalen Frauentag zu einem Frauenempfang ein. So auch heute: 15.00 Uhr, Haus der Donau. Unser spezieller Gast ist Frau Jasemin Arpaci. Wir werden mit ihr über ihre Erfahrungen als Frau in einer Führungsposition diskutieren.

Wie schwierig dies ist und wie bitter nötig es ist, dies immer wieder zu thematisieren, zeigen die folgenden Fakten:

- Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation Immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen.
- Auf der Führungsebene, in den Vorständen und Aufsichtsräten sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. 2011 saßen in Deutschlands 200 größten Unternehmen 11,9 Prozent Frauen in Aufsichtsräten und nur drei Prozent in den Vorständen.
- Frauen arbeiten deutlich häufiger in Teilzeit- Oder Minijobs. Altersarmut ist da schon vorprogrammiert.
- Die Sorge um die Kinder oder die Pflege von älteren Angehörigen werden fast immer noch ausschließlich von Frauen übernommen.
- Es fehlt an einer gut ausgebauten und kostenlosen Betreuungsstruktur im Kleinkindalter. Aber auch fehlende Ganztagsschulangebote sind ein Grund, warum es Eltern oft nicht möglich ist Vollzeit zu arbeiten.

Im Bundestag haben wir uns in den vergangenen Monaten vor allem auch für eine Frauenquote in deutschen Unternehmen eingesetzt. Doch obwohl das Thema eine hohe Medienaufmerksamkeit hat und öffentliche Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung immer lauter werden, zieht sich die Regierung aus der Verantwortung. Dabei zeigen gute Erfahrungen in anderen Ländern, dass sich nur mit einer gesetzlichen Quote etwas bewegt. Doch auch Kanzlerin Merkel und FDP - Bundesjustizministerin Leutheusser - Schnarrenberger zeigen sich davon unbeeindruckt. Das ist keine Regierung, die unser Land in die Zukunft führt. Vier Frauen im Kabinett, die es ganz nach oben geschafft haben, blockieren Chancengleichheit für Frauen.

Bundesfamilienministerin Schröder hält dagegen stur an freiwilligen Vereinbarungen fest. Und das, obwohl sich seit 2001 wenig bewegt hat: Bei den DAX - 30 - Unternehmen lag der Frauenanteil in Führungspositionen 2011 immer noch zwischen 6 und 28 Prozent. Das Treffen zwischen Schröder, ihren Kabinettskolleginnen von der Leyen und Leutheusser-Schnarrenberger mit DAX-30-Vorstandsmitgliedern im Oktober 2011 war eine Show-Veranstaltung. Die Unternehmen stellten ihre selbst ge-



setzten Ziele für den Frauenanteil in Führungspositionen vor. Nur wenige Unternehmen trauten sich dabei an die 30 - Prozent - Marke heran. Die meisten versprachen nicht mehr als 15 bis 20 Prozent. Ein Unternehmen verweigerte sogar eine Festlegung. Und das sollte er sein, der große Wurf?

Im Grundgesetz steht: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Und damit das nicht nur eine Vision bleibt, sondern auch Realität wird, folgt darauf: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Es ist also die Aufgabe des Staates, die Grundlage für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern zu legen – auch in der Wirtschaft.

Wenn wir jetzt nichts tun, wird es noch Jahrzehnte dauern, bis wir geschlechtergerechte Führungsgremien haben. Zehn Jahre Warten auf Veränderung haben gezeigt: Ohne gesetzliche Vorgaben passiert gar nichts. Jetzt ist Zeit zu handeln, denn 2013 stehen Aufsichtsratswahlen an. Wenn bis dahin nichts geschieht, schließt sich das Gelegenheitsfenster wieder für die nächsten fünf Jahre. **Wir brauchen eine gesetzliche Quotenregelung!**

### **Wie geht's weiter in Europa – Wege aus der Krise mit dem Fiskalpakt?**

Vergangene Woche wurde der so genannte Fiskalpakt, der „Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ unterschrieben. In den nächsten Wochen steht nun die Ratifizierung dieses Vertrages durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat an.

Der Fiskalpakt bleibt umstritten und ist für mich in seiner einseitigen Ausrichtung fragwürdig. Wir brauchen eine nachhaltige Konsolidierung der Staatshaushalte in der Eurozone. Diese kann aber nur tragfähig sein, wenn neben die Einsparungen eine Wachstums- und Investitionsstrategie zur Erneuerung der europäischen Realwirtschaft tritt, wenn die Kosten der Finanzmarktkrise gerecht verteilt sind und die Staaten auch auf der Einnahmeseite ihre Handlungsfähigkeit sichern. Für mich ist eine Zustimmung zum Fiskalpakt nur denkbar, wenn sich eine europäische Wachstums- und Investitionsinitiative anschließt, ebenso ein Programm zur Bekämpfung der

hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Und klar ist: Nichts geht ohne einen klaren und verbindlichen Beschluss zur Besteuerung und Regulierung der Finanzmärkte.

Ich freue mich auf unsere Begegnung heute.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Hilde Mattheis

## **Bundesregierung würgt Solarstrom-Förderung ab**

*Zu der heute diskutierten Absenkung der Solarstrom-Förderung durch die Bundesregierung erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete, **Hilde Mattheis**:*

Die Bundesregierung würgt die Entwicklung der erneuerbaren Energien ab - und das ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo die Kosten der Photovoltaik sinken und der Ertrag der Förderpolitik der vergangenen Jahre eingefahren werden könnte. Das ist eine sinnlose Politik, die die Energiewende konterkariert und Arbeitsplätze gefährdet. Davon sind auch viele kleine Solarfirmen und Investoren in Alb-Donau und Ulm betroffen.

Der Ausbau der Photovoltaik soll alleine im laufenden Jahr um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr gekürzt werden - und damit viel schneller als bisher geplant. Ab 2014 soll der Ausbau der Photovoltaik jährlich um 400 Megawatt gekürzt werden. Damit kann die Bundesregierung ihre selbst gesteckten Ziele, bis 2020 35% des Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, nicht halten. Gleichzeitig will die Bundesregierung die Fördermittel für die Einspeisung deutlich absenken und damit den Vertrauensschutz von Investoren verletzen.

Der Schwenk der schwarz-gelben Bundesregierung kann nur mit einem Blick auf die Realität des Strommarktes erklärt werden. Schon heute erreichen die Photovoltaikanlagen in Deutschland an einem trüben Wintertag stundenweise die Strommenge, die durch alle noch laufenden neun Atomkraftwerke erreicht werden kann. Das drückt auf den Preis, den die großen Stromanbieter mit Atomkraft erzielen.

Die SPD will die Solarförderung behutsam anpassen. Vor allem wollen wir den Ausbau der Photovoltaik in den kommenden Jahren um jährlich 2.500-3.500 Megawatt vorantreiben. Statt der Kürzungen der Bundesregierung sind



außerdem massive Investitionen in Forschung und Entwicklung nötig, um Arbeitsplätze zu sichern und die Solarbranche für die Zukunft zu rüsten. Denn nur wenn die deutsche Solarindustrie auch technologisch führend ist, kann sie sich gegen Billigkonkurrenten durchsetzen.  
**Berlin, den 9. März 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB**

## Landespolitik:

### **Bilanz nach einem Jahr grüner Landesregierung in Stuttgart**

Ein Jahr ist es jetzt her, dass in Baden-Württemberg 2 357 367 rote und grüne Wähler/innen von insgesamt 5 049 157 Wähler/innen (wahlberechtigt waren 7 622 955) für eine knappe Regierungs-Mehrheit der Mandate im Landtag gesorgt haben. Wofür sind diese Wähler/innen politisch eingetreten? Haben sich ihre Erwartungen teilweise bereits erfüllt? Warum stehen die **SPD** in BW bei der jüngsten Umfrage von Emnid im Südwesten **bei 20 Prozent**, die Grünen aber bei 32 Prozent? Zum Trost: Die CDU stürzt im Ländle auf 34 % ab, und die FDP käme wie die Linken und die Piraten nicht in den Landtag. Nur noch in Sachsen, in Thüringen und in Bayern hat die SPD im Augenblick so niedrige Umfragewerte bei der Sonntagsfrage: Was würden Sie wählen, wenn am Sonntag Landtagswahl wäre?

Man kann die Bilanz durchaus „eindrucksvoll“ nennen, zu einem strahlenden Triple-A reicht es nicht, weil Schief lagen und strukturelle Schwächen (von der Vorgängerregierung zu verantworten) nicht so schnell aufgearbeitet und beseitigt werden können. Die Beamtenschaft im Lande gibt der neuen Landesregierung dem Vernehmen nach auch keine Bestnote.

Zunächst zu den **Pluspunkten der Landespolitik** seit den letzten 12 Monaten. Der 27. November ist bisher der erfolgreichste Tag für die Regierungskoalition. Trotz aller gegensätzlichen Auffassungen zwischen beiden Parteien und innerhalb der SPD, auch wenn ein beträchtlicher Teil der Mitbürger/-innen noch immer nicht überzeugt ist vom Tiefbau-Projekt der Bahn im Stuttgarter Hauptbahnhof:

man hat eine **Volksabstimmung** zustande gebracht mit einer guten Wahlbeteiligung und einem eindeutigen Ergebnis. Die Koalition kann

sich jetzt in verstärktem Maße anderen „Baustellen“ zuwenden.

**Die Studiengebühren** an den Hochschulen sind abgeschafft. 280 Euro pro Studierendem müssen als Ausgleichszahlung an die Unis und Hochschulen im Lande jetzt bewältigt werden.

Das Land zahlt 340 Millionen Euro an die Kommunen, damit diese den Ausbau der U-3-Kinderbetreuung stemmen können. Eine Aufgabe, die für die Zukunft unserer Gesellschaft ungeheuer wichtig ist.

Die Landesregierung hat Wort gehalten in der Schulpolitik. Die **Gemeinschaftsschule** ist auf den Weg gebracht, nach Ostern folgt die Bestätigung im novellierten Schulgesetz. Viele Grundschullehrkräfte sind froh über das Ende des alljährlichen hohen Drucks von Seiten der Elternschaft bei der verbindlichen **Grundschul-Empfehlung**. Lehrerstellen werden trotz zurück gehender Schülerzahlen nicht gestrichen. Nicht alles in diesem wichtigen Ressort in der Landespolitik findet allenthalben Zustimmung.

Schaden die Ressourcen für die Rückkehr zu G9 und dem Ausbau der Beruflichen Gymnasien, von denen manche schon mit der 7. oder 8. Klasse beginnen können, nicht dem qualifizierten Aufbau der Gemeinschaftsschule landesweit, besonders im ländlichen Raum?

Das **Landesplanungsgesetz** wird novelliert, so dass es künftig in der Regionalplanung keine Ausschlussgebiete für die Errichtung neuer **Windkraftanlagen** mehr gibt, sondern nur noch Vorranggebiete, um den Anteil der Windenergie auf 10 Prozent zu steigern.

Demnächst kommt der Entwurf des **Tariftreuegesetzes** in den Landtag, damit Unternehmen und Arbeitgeber nur noch dann von staatlichen Subventionen profitieren, wenn sie sich an Tarifverträge in ihrer Branche halten. Für die angestellten Beschäftigten fehlt noch ein neues **Sonderurlaubsgesetz**, wenn sie im Sport- oder Musikverein ehrenamtlich engagiert sind und Fortbildungstage beanspruchen.

Am 2. April will die „Gipfelkonferenz“ von Bahn AG und Politik in Friedrichshafen endgültig die Elektrifizierung der **Südbahn** in trockene Tücher bringen. Das kostet 160 Millionen Euro, 80 Euro davon muss das Land aufbringen. Ab 2016 sollen die ersten elektrisch betriebenen Triebwagen fahren können.

Was soll man zum 15. Februar anmerken? An diesem Tag ist nach der 3. Lesung **der neue Staatshaushalt 2012** verabschiedet worden.

<b>39 Milliarden Euro Gesamtetat</b>	<b>40 % = 16 Milliarden Euro= Personalkosten</b>
Nettonullverschuldung! aber Schuldenlast 2012 von 45.434.300.000 Euro (Bund der Steuerzahler BW)	Jährlich müssen in den kommenden Jahren mind. 2,5 Mrd. Euro eingespart werden- jetzt 130 Mio Euro bei Beamten eingespart
2020 Verfassungsgebot der Schuldenbremse!	Jährlich 1,5 Mrd. Euro höhere Pensionslasten!

Für einen Schulmeister ist es herb, dass der so genannte **Klassenteiler** an den Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien bei 30 Schülern eingefroren wird und an den Gemeinschaftsschulen 28 statt 25 Schülern pro Klasse die Obergrenze bilden sollen.

Die **Polizeireform** ist eine große Kraft-Anstrengung. Die Landesregierung muss aufpassen, dass bis zu den ersten Entscheidungen bis Ostern nicht beim Bürger der Eindruck hängen bleibt, die Sicherheit bleibt auf der Strecke, wenn das nächste Polizeipräsidium vom Bodensee-Ufer aus erst in Ulm anzutreffen ist. Es muss bei der Absichtserklärung in der Koalitionsvereinbarung bleiben, wonach mehr Polizei-Präsenz in der Fläche mit mehr „Indianern“ und weniger „Häuptlingen“ gewährleistet werden soll.

Einen großen Nachholbedarf gibt es im **Strassenbau** und in der Politik für den **ländlichen Raum**. Hier machen den Bürgern die stark angewachsenen Spritpreise am meisten zu schaffen, nicht in der Großstadt! Die Unterfinanzierung der Vorhaben im Fernstraßenbau in Baden-Württemberg ist wohl nur mit einer eigenen PKW-Maut zu überwinden.

Dass **180 neue Stellen** in den Landesministerien geschaffen worden sind, ist sicherlich den Konsequenzen aus einem Regierungswechsel geschuldet.

Protest gibt es jetzt bei der Auswechslung von Regierungspräsidenten im Lande (Freiburg).

Verbesserungswürdig ist die **Informations-politik** im Sinne des Versprechens zu einer bürgernahen und dialogorientierten Arbeitsweise. Da ist es gut, wenn die Minister/innen und Staatssekretäre sich oft draußen im Land blicken lassen. Die Partei aber hat in Südwürttem-

berg noch kein Rezept gefunden, wie der weiße Flecken an SPD-Landtagsabgeordneten (südlich von Ulm bis zum Bodensee kein einziger MdL!) aufgefangen werden kann.

Bei der Debatte über die Polizeireform und bei der nachhaltigen Gestaltung der Energiewende hat es bisher zu viel Reibungspunkte und Kirch turmspolitik zwischen den Kreisverbänden und den Kreistagsfraktionen gegeben.

Wie lange dauert es noch, bis sich mal die Kreistagsfraktionen der SPD aus allen Landkreisen, die der OEW angehören (es sind 9 Landkreise) zu einer Klausurtagung über die Zukunft des landeseigenen EnBW-Konzerns treffen?

Und wie lange lassen wir es zu, dass Erzieherinnen oder Junior-Professoren jahrelang nur mit **befristeten Arbeitsverträgen** abgespeist werden?

Wer kümmert sich in der Partei mit Nachdruck um den ErzieherInnen-Notstand, um die Überwindung des akuten Facharbeitermangels in vielen Branchen, um eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** vor Ort?

Warum vernetzen sich die beiden SPD-Kreisverbände nicht stärker, um den Ausbau der **Bodenseegürtelbahn** durch ein nachdrücklicheres Campaigning und Lobbying voranzutreiben? Dem Interessenverband der Landräte und Bürgermeister muss man Beine machen!

W. Bernhard

**Samstag, 19. Mai 2012 im Gasthof „Rad“ in Aulendorf: nächste SPD-Südwürttemberg-Konferenz von 10 bis 16 Uhr**

**Nachgerückte SPD-Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg seit 2009:**

<b>für den verstorbenen Hermann Scheer</b>	<b>Rita Schwarzelühr-Sutter KV Waldshut</b> 28.10.2010
<b>für den neuen Landesminister Peter Friedrich</b>	<b>Stefan Rebmann KV Mannheim</b> 23.05.2011
<b>für die neue Regierungspräsidentin (RP Karlsruhe) Nicolette Kressl</b>	<b>Annette Sawade KV Hohenlohe – Schwäbisch-Hall</b> 1.4.2012

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



### Brief an

'poststelle@mfw.bwl.de'

Dienstag, 21. Februar 2012

### Betreff:

## Windkraftanlagen, neues Gesetz

Sehr geehrter Herr Minister Schmid,

in der Bodenseeregion gibt es keine zuverlässigen, auf Messungen beruhende Winddaten. Der Windatlas des Landes und des Regionalverbandes ist daher keine ausreichende Grundlage für die Standortausweisung und den Bau von rentablen Windkraftanlagen. Die vom Regionalverband vorgetragene Kritik an den Plänen der Landesregierung, die Zuständigkeit für die Standort- und Baugenehmigungen (privilegierte Bauvorhaben nach Paragraph 35 Absatz 1 Baugesetzbuch) auf die Gemeinden zu übertragen ohne die Grundlage eines Regionalplans, halte ich für berechtigt:

*(Südkurier 22.2.2012: Windkraft hält die Region in Atem) Im März oder April soll das geänderte Landesplanungsgesetz zur Windkraft im Landtag beraten werden. „Wir erhoffen uns danach klare Maßgaben, welche Rolle den Regionalverbänden beim Ausbau der Windkraft künftig zugeschrieben wird“, so Franke (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben). Mit der Ankündigung der Landesregierung, die Teilregionalpläne zur Windkraftnutzung per Gesetz aufzuheben, hat die politische Realität die Regionalverbände überholt. Erklärtes Ziel der Grün-Roten Regierung ist es, die Ausweisung neuer Standorte für Windkraftanlagen zu beschleunigen. Bislang erfolgte die Festlegung von Vorrang- und Ausschlussgebieten durch die Regionalverbände.*

*Die geplanten neuen Regelungen stellen einen klaren Eingriff in die bisherige Planungskultur*

*dar, kritisiert Franke. „Ab 1. September 2012 können potenzielle Standorte direkt über kommunale Flächennutzungspläne ausgewiesen werden“, berichtet der Verbandsdirektor. Beim Landratsamt Ravensburg seien bereits 14 Anträge eingegangen. Bei Windkraftanlagen handle es sich um privilegierte Bauvorhaben nach Paragraph 35 Absatz 1 Baugesetzbuch, gibt Franke zu bedenken. Solche Bauvorhaben sind auch im Außenbereich, das heißt auf Flächen, für die kein qualifizierter Bebauungsplan existiert oder die außerhalb von im Zusammenhang bebauter Ortsteile liegen, zulässig. Lediglich öffentliche Belange müssten berücksichtigt werden. „Unser Ziel ist es, Standorte zu zentrieren, um einen Windkraft-Wildwuchs in der Landschaft zu vermeiden“, so Franke.*

Spiegeln die oben genannten Bedenken gegen das neue Gesetz den tatsächlichen Inhalt wieder? Wie sind die Bedenken zu entkräften? Wie kann erreicht werden, dass Windkraftanlagen an Standorten konzentriert werden, um den Investitionsbedarf für das nachfolgende Netz in Grenzen zu halten und Abschaltungen der Anlagen wegen Netzschwächen zu vermeiden?

Mit freundlichen Grüßen

**Bernd Caesar**

SPD Ortsverein Kluftern (Stellv. Vorsitzender, Ortschaftsrat) c/o Bernd Caesar

## Wie geht's den SPD- Ortsvereinen Tettang, Kluftern, Markdorf, Salemertal?

Den Umständen entsprechend... Sie haben in jüngster Zeit alle gut organisierte Hauptversammlungen abgehalten.

**In Tettang** hat die Vorsitzende Siglinde Roman eine positive Bilanz der bisherigen Termine und Themen in der Reihe „SPD im Gespräch“ (klingt besser als „SPD-Stammtisch“) gezogen. Bei den kommenden Gesprächsrunden mit Expert/innen soll es um eine „moderne Familienpolitik“, um die Gemeinschaftsschule in Tettang und um die Stadtbebauung in der Montfortstadt gehen. In die weitere Zukunft gerichtet sind verstärkte Bemühungen um ein gutes Aufgebot der Orts-SPD für die Kommunalwahlen im Juni 2014. Na also, geht doch!

**In Markdorf** ist die angestrebte Fusion mit dem Nachbar-Ortsverein Oberteuringen nicht gelungen. Dafür ist ein Vorstandsteam mit einigen neuen und vielversprechenden Aktiven gewählt worden. Mehr Frauen, mehr jüngere Leute. Wie in Tettngang setzt man hier ebenfalls auf einen guten und aktuell gehaltenen Internet- Auftritt. Zum Vorsitzenden ist Manfred Bastian wiedergewählt worden. Die Markdorfer haben zudem wieder einen extra Presse-referenten, Hans-Peter Sieger. Und zwei alte Hasen sind auch sehr aktiv dabei: Franz Frick und Hans Zeller. Man ahnt und riecht es schon: Am Grillplatz unter dem Gehrenberg-Gipfel laden die Markdorfer Roten wieder zu ihrem alljährlichen Grillfest vor den Sommerferien ein, am 7.Juli.

Auch in **Kluffern** hat neulich die Hauptver-sammlung stattgefunden, die dann in einen super Vortrag des Professors Jochum von der Häfler Zeppelin-Universität zur Europa-Krise („Ist Europa überhaupt in einer Krise?“) mündete.

Die Klufferner bedauern selber, dass sie ih-re Homepage nicht so aktuell halten können wie sie gerne möchten. Sie bringen mehr über die SPD-Politik in Land und Bund als über kommunale Anliegen in Friedrichshafen oder im altbadischen Stadtteil Kluffern, wo beim Neujahrsempfang immer die Baden-Hymne angestimmt wird.



v. li. Prof. Jochum und Gretel Schwaderer

Foto: Willi Egger

Aktive Leute im Ortsverein sind die Vorsitzen-de Gretel Schwaderer, die beiden Ortschaftsrä-te Dr. Wolfgang Sigg und Bernd Caesar sowie die Plakatierungsexperten Willi Egger und Werner Winkler. Eines der Ziele der Klufferner ist die 20-Mitglieder-Marke (jetzt 18 Mit-glieder im OV). Engen Kontakt hält die Kluf-terner SPD zu der Juso-Hochschulgruppe an der Zeppelin-Universität. Auch hier macht man häufig „Stammtische“ zu aktuellen Themen

wie der leidigen Straßenbau-Debatte (Pla-nungsfall 7.5) und SPNV. Ganz ansehnlich ist die Liste der Termine der Orts-SPD seit der letzten Hauptversammlung. Einen sehr aktiven Pressereferenten gibt es auch in diesem Orts-verein: Bernd Caesar.

**Im Salemertal** ist der IG-Metaller Arnim Eg-lauer zum neuen OV-Vorsitzenden als Nach-folger von Malik Meddur gewählt worden. Vor seiner Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD lobte Wolfgang Kälber den bewährten Kassier Jürgen Lang für seine Buchhaltung. Durch drei Neueintritte hat die SPD am Ort jetzt 20 Mitglieder. Was haben der OV und die Gemeinde im Salemertal außer den roten Hausdächern gemeinsam? Beide sind absolut schuldenfrei! Im November hatte man den SPD-EU-Abgeordneten Peter Simon (Mann-heim) zu einem Vortrag über die Politik der Euro-Rettungsschirme zu Gast.

W. Bernhard

## Termine im Bodenseekreis

### KV Bodensee:

#### **Kreisvorstandssitzung**

Montag, 16.04.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr.

#### **Stammtisch**

Donnerstag, 26.04.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr. Ort: Im Gasthaus "Grüner Baum" in Stetten

### OV Bermatingen:

#### **Ortsvereinsitzung**

Montag, 16.04.2012,  
19:30 Uhr - 21:30 Uhr.  
Ort: Weinstube Stecher

### OV Friedrichshafen:

#### **SPD-Stammtisch**

Donnerstag, 29.03.2012, 19:30 Uhr. Ort: Zeppelin Dorfkrug Friedrichshafen

Interessierte und Freunde der SPD sind herzlich eingeladen!

### Geschichtsverein Kluffern:

„40 Jahre Eingemeindung Klufferns“

Referent: Bernd Caesar

18.04.2012

19:30 Uhr

[Fortsetzung auf Seite 30](#)



# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Bodensee-S-Bahn oder BODAN RAIL 2020

Wenn man es begreifen will, sind Investitionen in den Straßenbau aus ganz verschiedenen Gründen nicht mehr ganz zeitgemäß bei allem Respekt vor und aller Einsicht in die Umstände, die vor einigen Jahren zum **Planungsfall 7.5** geführt haben, der Neutrassierung der Bundesstraßen 31 und 33 zwischen Überlingen und Ravensburg. Ob dieser Plan tatsächlich realisiert wird, muss am Ende die nächste Bundesregierung zusammen mit der baden-württembergischen Landesregierung entscheiden. Offiziell haben sich Sozialdemokraten und die Grünen am nördlichen Seeufer von diesem Planungsfall 7.5 noch keineswegs verabschiedet, auch nicht von seiner vierspurigen Bauplanung.

Die nächste Mammut-Aufgabe in Sachen Mobilitätspolitik in der Bodenseeregion ist der Bahnverkehr.

Da ist noch viel im Argen, nicht nur an der Argen. Das vorhandene Schienennetz am Bodensee ist seit dem 19. Jahrhundert kaum voran gekommen. Eisenbahntechnisch liegt der Bodensee in Randlage der drei nationalen Streckennetze. Das sieht man zum Einen an der sehr mangelhaften Abstimmung der 3 Bahngesellschaften Bahn AG, der ÖBB in Vorarlberg und der SBB in der Ostschweiz beim grenzüberschreitenden Bahnverkehr! Zum Anderen herrscht am nördlichen Seeufer noch der traditionelle Diesel-Lokbetrieb vor, während vom Ostufer, erst recht am Südufer in der Schweiz und sogar am badischen Westufer beim Seehas



die Bahnlinien vollständig elektrifiziert sind. Die meisten Züge verkehren nur bis zu den jeweiligen Staatsgrenzen.

*Ein gemeinsamer Tarif - Verkehrs-Verbund für die Euregio Bodensee muss her, und ein einheitlicher Halbstunden-Taktverkehr rings um den See!*

Die Nahverkehrsgesellschaften BODO und die Nahverkehrsverbände am westlichen Bodensee sowie im Allgäu brauchen bis zum Jahr 2014 konkrete Investitionspläne zum Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs zwischen Konstanz/Singen und Lindau/Kempton. Dieser Bereich hat im Gegensatz zum südlichen Seeufer (Vorarlberg und Ostschweiz) einen enormen Nachholbedarf an Investitionen. Am 2. April ist in Friedrichshafen ein Großkampftag zum künftigen Bahnverkehr in der Bodenseeregion:

**Am Vormittag** treffen sich in Friedrichshafen der Chef der Deutschen Bahn AG, **Grube**, mit dem Deutschen Bundesverkehrsminister **Ramsauer** und mit dem baden-württ. Ministerpräsidenten **Kretschmann** sowie seinem Landesverkehrsminister Herrmann zu einer wichtigen Konferenz.

Im Mittelpunkt steht dabei die Unterzeichnung eines Abkommens zur endgültigen Elektrifizierung der Südbahn Ulm-Lindau. Zur Sprache kommen sollen auch Investitionen für die Bodenseegürtelbahn Lindau-Radolfzell/Singen und Pläne für die Strecke München-Lindau-Zürich.

Am Abend trifft sich die **Bodensee-Internationale/SBI** mit der grenzüberschreitenden Bürger-Plattform „Bodensee-S-Bahn 2020“ zur Vereinbarung weiterer Schritte in den kommenden Monaten.

**Am 2. April 2012, 18.30-20.30 Uhr,  
im Seehotel  
am Stadtbahnhof in Friedrichshafen.**

Am Samstag, 5. Mai, tagt in Lindau, im Alten Rathaus, von 10 Uhr bis 15 Uhr eine öffentliche Konferenz mit Kommunalpolitikern, Nahverkehrsgesellschaften und Pro Bahn-Bürgerinitiativen zur Klärung von Initiativen rings um den See zur Verbesserung des Bodensee-Schienenpersonen-Nahverkehrs in den kommenden Jahren. Veranstalter ist die Plattform „Bodensee-S-Bahn“. Eintritt frei.

Strecke (zum Vergleich)	Radolfzell-Lindau (D)
Länge	83 km
Infrastruktur	ingleisig
Betriebsart	Diesel
Haltepunkte/Bahnhöfe	23
Anzahl Züge/Werktag	27
Einwohner an der Strecke	ca. 142 000
Fahrzeit auf der Bahnstrecke	2 Std 1 Min.

Strecke (zum Vergleich)	Schaffhausen-Rorschach(CH)
Länge	80 km
Infrastruktur	ingleisig
Betriebsart	elektrisch
Haltepunkte/Bahnhöfe	34
Anzahl Züge/Werktag	37
Einwohner an der Strecke	ca. 106 000
Fahrzeit auf der Bahnstrecke	1 Std. 45 Min.

Quelle Harald Sauter, Lindau Juli 2011  
Plattform Bodensee-S-Bahn  
[www.bodensee-s-bahn.org](http://www.bodensee-s-bahn.org)

Im Rheintal und im Illtal fährt die S-Bahn Vorarlberg mit modernen S-Bahn-Zügen im Halbstunden-Takt bis Bludenz, auf deutscher Seite wird noch Lindau erreicht. Auf der Strecke Bregenz-St. Margrethen wird im Stundentakt gefahren.

In den Schweizer Kantonen Schaffhausen u. Thurgau werden die meisten Bahnhöfe und Haltepunkte bereits im Halbstunden-Takt angefahren.

Für 2013 ist im Kanton St. Gallen die Einführung der S-Bahn St. Gallen mit 6 Linien vorgesehen, der Anschluss an die Vorarlberger S-Bahn soll in den kommenden Jahren erfolgen!

*Die regionalen Nahverkehrsverbände bestellen ihre Investitionen bis 2014, die Landesverkehrsgesellschaften in Baden-Württemberg und Bayern liefern bis 2018.*

*Realisierung der BODAN RAIL bis 2020.*

Der neue SPD-Oberbürgermeister von Lindau hat seine Unterstützung des Projekts in der kommunalen Politik und in der Region zugesichert. Er ist überzeugt von der Notwendigkeit eines neuen Schubes im Schienenverkehr am See, ohne den die Zukunftsfestigkeit des Dreiländerecks nicht gewährleistet sei. Alle sozialdemokratischen Untergliederungen vor Ort und in der Region müssten dabei eigene Anstrengungen in nächster Zeit auf sich nehmen diesbezüglich.

Es ist übrigens schon ein Trauerspiel, was derzeit in Sachen Bodensee-Rail abgeht. Mühsam hat man einen Interessenverband gebildet. Ein „Motor“ wie Hermann Vogler beim Interessenverband Südbahn fehlt ganz augenscheinlich. Kein OB und kein Landrat fühlt sich so richtig dafür zuständig. Vor 14 Jahren hat der SPD-Kreisvorsitzende Holger Maas mit Unterstützung des Medienreferates im Kreisvorstand alle Stadt- und Gemeindeoberhäupter von Lindau bis Radolfzell angeschrieben. Alle haben geantwortet damals. Am Tag nach dem Neujahrsfeiertag gab es dazu einen großen Zeitungsaufmacher in beiden Lokalzeitungen zu der SPD-Initiative.

Passiert ist kommunalpolitisch leider nichts hinterher. Man ist nicht einmal bereit, dem Beispiel der Stadt Ravensburg zu folgen und aus eigenen städtischen Mitteln das Aushängeschild jeder Kommune, den Bahnhof, zu modernisieren. Der kann vor sich hin gammeln wie man es seit Jahrzehnten gewohnt ist!

W. Bernhard

Das künftige Liniennetz Bodensee-S-Bahn 2020:  
<http://www.vorarlberg.at/pdf/kurzfassungstudiebobodan-ra.pdf>

## **Motorbote auf dem Bodensee machen negative Schlagzeilen!**

Am Bodensee sind derzeit über 20 000 Motorboote, 15 600 Segelboote, 536 Arbeitsboote und Lastschiffe sowie 73 Fahrgastschiffe für den Verkehr zugelassen. Auskunft darüber erhält man bei der Internationalen Gewässerschutzkommission Bodensee (IGKB), wenn man sich dafür interessiert.

In den 90er Jahren sind die Behörden sehr aktiv gewesen, die Schadstoff-Emissionen auf dem See bei den Boots- und Schiffsmotoren zu reduzieren. Jetzt macht die zunehmende Unsitte der Motorbootraserei vor Allem in den Sommermonaten negative Schlagzeilen! betroffen davon sind hauptsächlich der westliche Teil des Bodensees, der Überlinger See, der Zeller See (Markelfinger Winkel) und der Untersee. Die Zahl der Beinahe-Unfälle häuft sich. Auf dem Bieler See in der Schweiz hat es letztes Jahr einen schweren Unfall gegeben, als eine junge Frau von einem Motorbootraser beim Baden tödlich verletzt wurde. Die von sozialdemokratischer Seite in den vergangenen Wochen angeschriebenen Behörden, die Wasserschutzpolizei bzw. die Seepolizei (im Kanton Thurgau), haben die Beobachtungen und die wachsenden Verstöße gegen die Bodensee-Schifffahrtsverordnung bestätigt.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz (Singen) hat die Stuttgarter Landesregierung in einer „Kleinen Anfrage“ vom 6. Februar 2012 mit diesem Problem befasst. Es betrifft nicht nur den Schutz von Badenden, von anderen Wassersportlern (Ruderer, Kanuten). Es geht auch um den Schutz der Uferzone, von Flora und Fauna, von der nach den Vorschriften ein Abstand von 300 Metern einzuhalten ist. Die Polizeidirektion Konstanz kündigte in einem Schreiben eine weitere Konferenz mit den betroffenen Gebietskörperschaften und Verkehrsbehörden im Frühjahr auf der Insel Reichenau an. Auch die Verkehrskommission der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) der Regierungschefs der Anrainerländer- und Kantone am See sondiert die Kontrollmöglichkeiten und die Verschärfung einschlägiger Vorschriften.

Von der Möglichkeit, das Bodenseeschifferpatent wieder zu entziehen, wird immer öfter

Gebrauch gemacht. Das Wasserskifahren bzw. das Wakeboarding hat auf dem See ebenfalls deutlich zugenommen. Hier vermisst die WAP Konstanz entsprechende Reglementierungen in der Bodenseeschifffahrtsordnung. Die Beschwerden darüber häufen sich. Sollte man es verbieten, in den Uferzonen am Untersee? Der WaPo Reichenau muss dringend personell verstärkt werden, um hinreichend die Kontrollaufgaben in den Sommermonaten wahrnehmen zu können.

Die Thurgauer Schifffahrtsbehörden sind nach den Schreiben, die sie an die betreffenden Empfänger übersandt haben, zu weiteren Kooperationen in dieser Angelegenheit bereit. Unerlässlich ist zudem ein intensiver Kontakt mit den Wassersportverbänden am Bodensee. Die Motorboot-Lobby ist allerdings zu weiteren Einschränkungen in ihrem Hobby nicht bereit. Das ist das Hauptproblem. Sie streitet ab, dass immer mehr Motorbootfreaks in alkoholisiertem Zustand die Uferzonen auf dem See unsicher machen und andere Erholungssuchende am See in Gefahr bringen. Wer ab und zu mit der Familie im Gnadensee badet, ist schockiert über die Ignoranz der PS-Zombies in ihren exklusiven Wasserfahrzeugen. Auf Warnrufe reagieren sie mit dem Stinkefinger.

Muss es erst zu einem tödlichen Unfall kommen wie auf dem Bieler See? Sommertourismus auf dem Bodensee ja, aber nicht unter solchen gefährlichen Umständen! Alle SPD-Kreis- und Ortsvereine bzw. SP-Sektionen sollten in dieser Angelegenheit mit öffentlichen Aktionen nicht zögern.

**W. Bernhard**



### **Letzte Möglichkeit gemeinsam nutzen**

#### **SP unterstützt Konzept „Bodensee-Rheintal Y“**

**Die SP des Kantons St.Gallen ist erfreut, dass die Standesvertretung in Bern, Karin Keller-Sutter und Paul Rechsteiner, mit der Projektskizze „Bodensee-Rheintal Y“ konkrete Schritte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der**



**Ostschweiz verlangt. Diese betrieblichen und infrastrukturellen Verbesserungen sind dringend notwendig und werden die wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus einer grossen und wirtschaftlich wichtigen Region nachhaltig fördern. Die SP des Kantons St.Gallen steht hinter dem Vorschlag und wird diesen nach Kräften unterstützen.**

Seit vielen Jahren stellt der Kanton St.Gallen seine Interessen für dringend notwendige Infrastrukturausbauten im öffentlichen Verkehr zurück. Mit den parlamentarischen Beratungen zu FABI / STEP besteht jetzt für lange Jahre letztmals die Möglichkeit, dass Infrastruktur und Betrieb im Fernverkehr in der Ostschweiz verbessert werden können. Das Konzept „Bodensee-Rheintal Y“ nimmt die notwendigen Anpassungen infrastruktureller und betrieblicher Art auf. Damit werden der wichtige Wirtschaftsraum Rheintal und die Tourismusdestinationen St.Gallen-Appenzell, Heidi-land und Graubünden an das nationale und das internationale Fernverkehrsnetz Richtung St. Gallen - Flughafen - Zürich sowie Konstanz - Singen - Süddeutschland angeschlossen.

### **Lebensqualität erhöhen**

Aus Sicht der SP ist klar, dass die Ostschweiz nicht nur wirtschaftlich und touristisch von einem Bahnausbau profitieren würde. Mit einer Erhöhung des ÖV-Anteils und damit der Förderung des Umsteigens von Strasse und Flugzeug auf die Schiene würde auch die Lebensqualität in der Region erhöht und einer umweltbewussten Verkehrspolitik besser Rechnung getragen.

Das berechtigte und wichtige Anliegen der Ostschweiz braucht auch die Unterstützung des Kantonsrats St.Gallen. Die Fraktionen haben sich deshalb dahingehend abgesprochen, dass an der Aprilsession eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des Konzeptes „Bodensee – Rheintal Y“ erfolgt.

St.Gallen, 2. März 2012

Weitere Auskünfte:

• Claudia Friedl, Parteipräsidentin

Über:

Dario Sulzer

### **Wahlsonntag:**

## **SP will zwei soziale Stimmen in der Regierung**

**Die SP muss in der Regierung mit zwei Stimmen vertreten sein. Nur so werden auch die sozialen und ökologischen Anliegen in der Regierung angemessen vertreten. Die SP wird mit Fredy Fässler auch im 2. Wahlgang antreten.**

Die SP gratuliert Regierungsrätin **Heidi Hanselmann** zur glanzvollen Wiederwahl. Hanselmann wird auch weiterhin eine Garantin für ein gutes Gesundheitssystem sein. Auch **Fredy Fässler** hat ein sehr gutes Resultat erzielt, aber leider das absolute Mehr um knapp 2'000 Stimmen verpasst.

Für die SP ist klar, dass der Sitz der zurücktretenden Regierungsrätin **Kathrin Hilber** in SP-Händen bleiben muss. Die bürgerlichen Parteien sind in der Regierung übervertreten. Auch die sozialen und ökologischen Stimmen müssen in der Regierung angemessen vertreten sein. Die SP wird alles daran setzen, im 2. Wahlgang ihren zweiten Sitz halten zu können.

### **Stadtvertreter für die Regierung**

Nach dem Rücktritt von Kathrin Hilber ist die Stadt St.Gallen nicht mehr in der Kantonsregierung vertreten. Das ist schlecht, denn als Zentrum und Metropole hat die Hauptstadt besondere, vielfältige Bedürfnisse. Man denke an die Bereiche Verkehr, Sozialwesen, Sicherheit oder Kultur. Eine Regierung ohne Vertretung der Hauptstadt darf nicht sein! Für **Fredy Fässler** ist das erst Recht ein Grund, nochmals anzutreten: *„Unsere Regierung muss sozial, ökologisch und verantwortungsvoll handeln. Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen.“*

### **Plus 4 Prozent Wähleranteil, plus 4 Sitze im Kantonsrat**

Einen grossen Erfolg kann die SP auch bei den Kantonsratswahlen verbuchen. Mit 17.2 Prozent Stimmenanteil hat die SP die Verluste von 2008 wieder wettgemacht. Mit je einem zusätzlichen Sitz in den Wahlkreisen St.Gallen, Wil, Rheintal und See-Gaster gehört die SP klar zu den Wahlsiegerinnen. Die SP-Fraktion umfasst neu 20 Mitglieder.

St.Gallen, 11. März 2012

Weitere Auskünfte:

□ Claudia Friedl, Parteipräsidentin

□ Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## Leserbrief

### Bitte keine Unwahrheiten!

Es ist der CVP unbenommen, Fredy Fässler nicht zu unterstützen. Doch Unwahrheiten sollten bitte keine verbreitet werden. Die CVP-Leitung schreibt in einem Mediencommuniqué, Fredy Fässler habe «Steuererhöhungen im Umfang von einigen Dutzend Steuerprozenten» propagiert. Eine schlichte Lüge.

Ich war an der CVP-Delegiertenversammlung persönlich anwesend: Fässler hat die unverantwortlichen Steuervorteile für Vermögende kritisiert, denen leider auch Teile der CVP zugestimmt haben und die jetzt ein Loch von 200 Millionen Franken verursacht haben. Statt weiterer Spar- und Abbaupakete auf Kosten der Bevölkerung braucht es jetzt wieder mehr Steuergerechtigkeit. Auch Vermögende und Unternehmen müssen sich wieder angemessen an der Finanzierung der Staatsleistungen beteiligen.

Das heisst vor allem: Keine weiteren Steuer-senkungen für Reiche und Unternehmungen, Schluss mit dem ruinösen Steuerwettbewerb, der am Schluss nur Verlierer kennt. Wenn Steuersenkungen aufgrund der wirtschaftlichen Lage möglich sind, dann dort, wo der Schuh drückt: beim Mittelstand und bei Familien. Ich bin sicher, dass auch viele CVP-Mitglieder dies erkannt haben. Sie werden am 29. April Fredy Fässler die Stimme geben, auch wenn ihn die Parteileitung in die linke Ecke stellen will.

Wil, 16. März 2012 Dario Sulzer, Politischer Sekretär  
SP Kanton St.Gallen Fröbelstrasse 5, 9500 Wil

### Einfache Anfrage SP-Fraktion

### St.Galler Kantonalbank: Konzentration auf den Kernauftrag

Die St.Galler Kantonalbank hat für das Vermögensverwaltungsgeschäft zwei 100% Tochtergesellschaften: die Hyposwiss und die SGKB Deutschland AG. Ende letztes Jahr kam die Hyposwiss in die Schlagzeilen. Sie geriet im Kampf zweier russischer Oligarchen zwischen die Fronten und erlitt dabei erhebliche Blessuren. Geldwäscherei, unlautere Geschäfte zum Nachteil Anderer, Verstoss gegen Standesregeln usw. lauteten die Vorwürfe. Die eigene

Revisionsgesellschaft stellte der Hyposwiss im Dezember 2011 einen Persilschein aus. Derzeit laufen noch die Anzeigen bei der Finma und beim Bundesstrafgericht. Vor kurzem wurde nun bekannt, dass ehemalige Mitarbeiter der Hyposwiss Daten verkaufen wollten mit Belegen für Geldwäscherei der Hyposwiss in Milliardenhöhe. Es ist davon auszugehen, dass diese Geschäftsidee nicht ohne handfeste Beweise umgesetzt werden wollte! Die Affäre rund um die Hyposwiss geht also weiter. Schaden an der Reputation und im Wert erleidet auch die St.Galler Kantonalbank, die mehrheitlich im Besitz der St.Galler Bevölkerung ist.

Parallel dazu laufen Diskussionen um weitere Privatisierungsschritte der SGKB. Viel zielführender wäre jedoch, dass sich die SGKB von ihren Tochtergesellschaften trennt und sich auf das Kerngeschäft im Dienste des Standortes St. Gallen und der St.Galler Bevölkerung konzentrierte.

Wir danken der Regierung für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Regierung den Reputationsschaden für die St.Galler Kantonalbank durch die anhaltenden Diskussionen über mögliche Verfehlungen der Tochtergesellschaft Hyposwiss?
2. Wie beurteilt die Regierung die Schwerpunktländer in Osteuropa bezüglich der Seriosität möglicher Kunden der Vermögensverwaltung durch die Hyposwiss?
3. Wie sichert sich die SGKB und damit der Hauptaktionär Kanton St.Gallen gegen allfällige Haftungsansprüche Dritter ab?
4. Welche Vorteile würde es für den Hauptaktionär SGKB bringen, wenn eine oder beide Tochtergesellschaften abgestossen würden und die SGKB sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren würde?

St.Gallen, 19. März 2012 Weitere Auskünfte:  
• Peter Hartmann, Fraktionspräsident  
• Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
Über: Dario Sulzer

### Sozial, erfahren, ausgleichend:

### Fredy Fässler in die Regierung!

**Am Parteitag der SP des Kantons St. Gallen wurde Fredy Fässler einstimmig als Regierungsratskandidat für den 2. Wahlgang bestätigt. Die SP kritisiert, dass das 200 Millionen Sparpaket der**

## **Öffentlichkeit bis nach dem Wahlsonntag vorenthalten werden soll.**

Mit grosser Genugtuung und grosser Freude eröffnete Parteipräsidentin Claudia Claudia Friedl den ordentlichen Parteitag in Buchs. „Unsere Politik hat sich ausgezahlt. Die Bevölkerung hat gezeigt, dass sie die sozialen Anliegen vertreten haben will in den politischen Entscheidungsgremien.“ Die Zahlen geben Friedl recht: Sowohl bei den nationalen wie auch bei den kantonalen Wahlen hat die SP als einzige der grossen Parteien um je 2 Prozent zulegen können und im Ständerat ist mit der Wahl von Paul Rechsteiner im konservativen Kanton St. Gallen gar eine Sensation gelungen. Für Gemeindepräsident Daniel Gut war es denn auch kein Zufall, dass die SP ihren Parteitag in Buchs abhält, erreicht die SP im Werdenberg doch regelmässig sehr gute Wahlergebnisse.

### **Fredy Fässler einstimmig nominiert**

Haupttraktandum war die Nomination für den 2. Regierungsratswahlgang. Nachdem Fredy Fässler im 1. Wahlgang nur gerade 3'000 Stimmen gefehlt hatten, geht die SP hochmotiviert in die Ausmarchung. Denn während der SVP-Kokurrent Götte in seinen Aussagen diffus bleibt und keine Antworten auf die drängenden Fragen hat, weiss der SP-Mann, wie man zu guten Lösungen kommt. „Fässler ist Mediator, ein Teamplayer und ein Garant für eine Politik des sozialen Ausgleichs“, ist Friedl überzeugt. Fässler bringt für das verantwortungsvolle Amt auch die nötige Erfahrung mit. Der langjährige Anwalt kennt den Politbetrieb seit 20 Jahren und ist der ideale Partner, um gemeinsam mit Heidi Hanselmann in der Regierung für einen sozialen Kanton zu politisieren. Die Delegierten sahen das genauso und beschlossen einstimmig, mit Fredy Fässler in den 2. Wahlgang zu steigen.

### **Die Sparmassnahmen müssen auf den Tisch!**

In seinem Jahresrückblick kritisierte der Präsident der Kantonsratsfraktion Peter Hartmann die kantonale Finanzpolitik: „Die Bürgerlichen haben die Finanzen an die Wand gefahren.“ Als absolut unredlich bezeichnete Hartmann das Vorgehen der bürgerlichen Regierung, das 200 Millionen Sparpaket erst nach dem 2. Wahlgang der Regierung offen zu legen. Für die SP ist das inakzeptabel, verlangte sie die Veröffentlichung doch bereits vor den Kantonsratswahlen. Doch die Bevölkerung wird

mal für mal vertröstet und im Dunkeln gelassen.

Auch Friedl fand deutliche Worte zum aktuellen finanzpolitischen Geschehen: „Die am Donnerstag vorgestellte Rechnung 2011 widerlegt deutlich den Irrglauben, dass Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche schlussendlich mehr Geld in die Kasse schwemmen soll. Das ist schlicht falsch“, so die Parteipräsidentin. Im vergangenen Jahr sind sowohl die Unternehmenssteuererträge, als auch die Steuern der natürlichen Personen zurückgegangen.

### **Schweiz bewegt sich nur auf Druck**

Nationalrätin Hildegard Fässler ärgerte sich in ihrer Rede zur Weissgeldstrategie, dass die Schweiz die richtigen Schritte nie aus eigenem Antrieb macht, sondern nur auf Druck von aussen. Dass der Bundesrat eine Weissgeldstrategie beschlossen hat, sei positiv, doch werde das Ziel bereits wieder verwässert: In der bundesrätlichen Legislaturplanung für die nächsten vier Jahre kommt der Begriff Weissgeldstrategie nirgends vor.

Auch die Energiepolitik war Thema am Parteitag: Mühleberg soll vom Netz. Beznau II musste soeben wegen eines Störfalls abgeschaltet werden. Diese neue Ausgangslage nahm Kantonsrat Felix Gemperle zum Anlass, die St.Galler Energiepolitik zu hinterfragen und für die Energie-Initiative der SP zu werben. „Die Ziele im St.Galler Energiegesetz sind löblich. Aber die Mittel zur Umsetzung fehlen! Heute stehen pro Jahr nur 2.4 Millionen zu Verfügung, während der Kanton Thurgau jährlich 20-30 Millionen zu Verfügung stellt.“

### **Nein zum VI. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz**

Die Delegierten fassten auch die Parole zur kantonalen Abstimmung vom 17. Juni. Nationalrätin Barbara Gysi sprach von einer schwierigen und üblen Aussage des Sparpakets:

„Menschen in den Heimen sollen die Beiträge gekürzt werden. Das ist finanzpolitisch ein Tropfen auf den heissen Stein. Aber für die betroffenen mittellosen Personen ist das eine Katastrophe.“ Die Delegierten beschlossen einstimmig die Nein-Parole zur Abstimmung zum Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz.

### **Rücktritt und Neuwahlen in Geschäftsleitung**

Esther Probst, welche das Sarganserland viele Jahre in der Geschäftsleitung vertrat, gab im vergangenen Jahr ihren Rücktritt. Neu in die Parteileitung gewählt wurden Petar Marjanovic (Sarganserland) und Max Lemmenmeier (St. Gallen).

Buchs, 24. März 2012

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



## SPÖ trauert um Ehrevorsitzenden Karl Falschlunger

Mit großem Bedauern müssen wir Sie davon in Kenntnis setzen, dass unser Ehrevorsitzender und geschätzter Genosse Karl Falschlunger gestern nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit im 83. Lebensjahr gestorben ist.



Foto: SPÖ-Express

Wir verlieren mit Karl Falschlunger einen engagierten Mitstreiter und Freund, der durch seinen unermüdlichen Einsatz über Jahrzehnte hinweg die Vorarlberger Sozialdemokratie sowie das Land Vorarlberg geprägt hat. Unser tiefstes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen, vor allem seiner Tochter LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger.

### Biographie Karl Falschlunger

- 1945 Schiffsjunge bei der Bodenseeschifffahrt der ÖBB
- 1954 – 1969 Obmann des Vertrauensmännerausschusses der Schifffahrtstelle Bregenz
- 1970 – 1987 Kapitän der Bodenseeschifffahrt

- 15 Jahre lang Ortsgruppenobmann der Gewerkschaft der Eisenbahner, Bregenz
- 18 Jahre lang Personalvertreter und Landesvertrauensmann der GdG
- 1958 Beitritt zur SPÖ, ab 1967 im Landesparteivorstand
- 1967 – 1985 Bezirksobmann der soz. Gewerkschaft Bregenz und Kammerrat der AK
- 1967 – 1985 Gewerkschaftsvorsitzender der Eisenbahner
- 1975 – 1987 Landesobmann der FSG
- 1967 – 1987 Mitglied des Vorstandes der Vorarlberger Arbeiterkammer
- 1975 – 1987 Vorsitzender des ÖGB Vorarlberg
- 1981 – 1985 Vizepräsident der Vorarlberger Arbeiterkammer
- 1969 – 1995 Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag
- 1979 – 1993 Landtagsvizepräsident
- 1993 – 1995 Clubobmann der SPÖ-Landtagsfraktion
- 1993 – 1995 Landespartei vorsitzender der SPÖ Vorarlberg
- bis 2002 Mitglied im Präsidium der Sozialistischen Bodenseeinternationale anschließend deren Ehrenpräsident
- Seit 1995 Ehrevorsitzender der SPÖ Vorarlberg

SPÖ-Express 23.03.2012

## Halber Lohn - Weniger Pension

### Eine Initiative der SPÖ Frauen

**Achtung, Teilzeit: Halber Lohn. Weniger Pension**

### Beinahe jede zweite Frau arbeitet Teilzeit

Teilzeit ist weiblich: Bereits 49 Prozent der Frauen in Vorarlberg arbeiten Teilzeit, bei den Männern sind es nur 6 Prozent. Studien zeigen, dass ein Viertel der teilzeitbeschäftigten Frauen gerne auf Vollzeit umsteigen würde. Und fast die Hälfte der Frauen gibt an, dass sie wegen der Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen Teilzeit arbeiten. Bei einer repräsentativen Umfrage Im Auftrag der AK und des AMS kam zutage, dass in Vorarlberg von 423 WiedereinsteigerInnen nur 237 Frauen in den Berufsalltag zurückkehren konnten. Als Hauptgrund wurden „unzureichende“ Kinderbetreuung aber auch zu hohe Kinderbetreuungskosten genannt.

## **Teilzeit hat unerwünschte Nebenwirkungen**

- Der Stundenlohn bei Teilzeit ist geringer als bei einer Vollzeitbeschäftigung. Der Unterschied beträgt bis zu 30 Prozent.
- Mehrarbeit wird von den Unternehmen oft nicht korrekt abgegolten.
- Teilzeit wirkt sich negativ auf die Pension aus. Im Durchschnitt bekommen Frauen monatlich 786 Euro Pension (Männer 1.288 Euro).

## **Informationspflicht für Betriebe**

Damit der Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit leichter wird, soll es künftig eine Informationspflicht in Betrieben geben. Bevor Vollzeitjobs extern ausgeschrieben werden, müssen die Teilzeitkräfte im Unternehmen Bescheid bekommen.

## **Kinderbetreuung**

Wichtig sind auch Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflegeplätze für ältere Menschen – damit Frauen Vollzeit arbeiten gehen können.

Gerade in Vorarlberg, wo wir nach wie vor die meisten Schließtage, die geringste Mittagsbetreuung und die wenigsten Kinderbetreuungseinrichtungen, die es Eltern ermöglichen, Vollzeit berufstätig zu sein, haben.

## **Diskussion, Information, Beratung**

Die SPÖ Frauen widmen sich im Frühjahr 2012 dem Thema Teilzeit. Unter dem Motto: „Achtung Teilzeit: Halber Lohn. Weniger Pension.“ gibt es Aktionen in ganz Österreich: Hausbesuche, Information und Beratung, Betriebsbesuche, Straßenaktionen und Stammtische zum Thema Teilzeit.

SPÖ-Express 09.03.2012

## **Erfolgreicher Start der Kampagne der SPÖ-Frauen in Vorarlberg**

### **Landesweite Aktionen geplant**

Unter dem Motto: „Achtung Teilzeit: Halber Lohn-weniger Pension“ laufen Aktionen der SPÖ-Frauen in ganz Österreich. In Vorarlberg erfolgte der Start zum Internationalen Frauentag in mehreren Gemeinden, darunter auch in Bludenz, wo eine Aktion mit Informationen und kleinen Präsenten veranstaltet wurde.



Für Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher ist es ein Anliegen, darauf aufmerksam zu machen, welche Risiken und unerwünschte Nebenwirkungen Teilzeitarbeit mit sich bringt.

Im Gespräch mit vielen Frauen standen die Forderungen der SPÖ-Frauen wie der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung, mehr ganztägige Schulangebote, eine bessere Aufteilung der unbezahlten Arbeit und eine faire Abgeltung von Mehrarbeit im Mittelpunkt. Alle Frauen, die Vollzeit arbeiten wollen, sollen auch die Chance dazu bekommen!

Tatkräftige Unterstützung erhielten die SPÖ-Frauen in Bludenz von Stadtparteiobmann Günter Zoller. Weitere Aktionen sind für den Muttertag geplant.

SPÖ-Express 16.03.2012

## **Infos:**

### **Jahrestag Fukushima - Bundeskanzler Faymann unterstreicht Forderung nach einem Atomausstieg Europas**

**Bundeskanzler Werner Faymann fordert anlässlich des Jahrestages der Nuklearkatastrophe von Fukushima erneut das Abgehen Europas von der Nutzung der Kernenergie: "Die Ereignisse von Fukushima haben meine Haltung zur Atomkraft auf eine schreckliche Weise bestätigt: Diese Technologie ist nicht beherrschbar, sie ist gefährlich. Das einzig Nachhaltige an der Atomenergie ist ihr nachhaltiges Risiko für die Bevölkerung."**

Am Jahrestag der Katastrophe liege es auch in der Verantwortung der europäischen Politik,

derartige Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Bundeskanzler Faymann wieder: "Fukushima hat mich in meiner Meinung bestärkt, dass wir das Ziel einer europäischen Energiepolitik, die Atomkraftwerke überflüssig macht, am ehesten dann erreichen, wenn wir einen Schulterschluss mit der europäischen Bevölkerung schaffen."

### **Umweltsprecher Hannes Weninger: Österreich ist Vorreiter bei Anti-Atom- Politik**

SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger betont, dass die Katastrophe von Fukushima auf schreckliche Weise gezeigt hat, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Leider scheinen, so Weninger, einige Länder Europas noch immer keine Lehren aus den schrecklichen Ereignissen von Fukushima oder Tschernobyl gelernt zu haben - Länder wie z.B. Tschechien und die Slowakei forcieren auch weiterhin die Atomenergie. "Umso wichtiger ist es, den europäischen Kampf für eine Energiewende fortzusetzen. Wir müssen die Energieeffizienz konsequent steigern und mit voller Kraft gegen den Ausbau der Atomenergie aufzutreten. Und hier geht Österreich konsequent mit gutem Beispiel voran", sagt Weninger, der unterstreicht, dass Österreich in Sachen Anti-Atompolitik eine Vorreiter-Rolle innerhalb Europas einnimmt: „Bundeskanzler Werner Faymann tritt auf europäischer Ebene engagiert und beharrlich für einen europaweiten Ausstieg aus der Nuklearenergie ein.“

SPÖ-Express 16.03.2012

## **SPD Kreis BC MdB Martin Gerster**

### **Umweltverbände und MdB Gerster kritisieren Kappung der Solarförderung**

Biberach (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster**, der Bund für Umwelt und Naturschutzbund (BUND) sowie der Naturschutzbund (NABU) im Kreis haben die Pläne der Bundesregierung massiv kritisiert, die Solarförderung in Deutschland zurückzufahren.

„Schwarz-Gelb kürzt ohne Augenmaß und schadet damit der Energiewende und unserer Region“, so Gerster. Er verweist darauf, dass

gerade in Oberschwaben viele Landwirte und Handwerker vom Ausbau der Photovoltaik profitiert hätten. Der 40-jährige Parlamentarier nimmt auf eine aktuelle Potentialanalyse der Energieagentur Biberach Bezug, die den Stand der Energiewende im Landkreis bilanziert. Mit Blick auf die Solarenergie komme das Papier zu dem Fazit: „Im Bereich der Windkraft und Photovoltaik liegt der Schlüssel im Bau weiterer Anlagen.“ 2010 hätten die 6730 Photovoltaikanlagen im Landkreis 126,7 Kilowattstunden ins Stromnetz eingespeist, was rund einem Drittel des regenerativ erzeugten Stroms entspricht.

Martin Rösler vom Biberacher Naturschutzbund mahnt einen differenzierten Umgang mit dem Thema an: „Sicherlich ist es nicht sinnvoll, Solarenergie um jeden Preis zu fördern“. So könne es nicht sein, dass auf landwirtschaftlichen Nutzflächen riesige Solarparks errichtet oder zusätzliche Scheunen als Träger für Photovoltaik erstellt werden, nur um Fördergelder zu erhalten.“ Dennoch sei die Art und Weise, wie die angekündigten Kürzungen vorgenommen werden sollen, ein problematisches Signal. Darüber hinaus vermisst Martin Rösler Ansätze zu einer verstärkten Förderung von Effizienzsteigerungs- und Einsparpotentialen. Alois Müller vom BUND-Kreisverband Biberach teilt diese Ansicht hat und unterstreicht: „Für den notwendigen, kontinuierlichen Ausbau regenerativer Energie bedeutet die abrupte, zu kurzfristige Entscheidung eine Störung der Planungssicherheit.“

Gestern hatten Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) bekannt gegeben, die Vergütungen für neue Solaranlagen drastisch kappen zu wollen. Abhängig von der Größe der Anlage werden die Vergütungen um 20 bis 30 Prozent gekürzt und danach monatlich weiter zurückgefahren. Große Freiflächenanlagen mit mehr als zehn Megawatt Leistung sollen grundsätzlich aus der Förderung fallen. Bei Anlagen unterhalb dieser Größe sollen in Zukunft nur noch 90 Prozent des produzierten Stroms gefördert werden, bei kleinen Dachanlagen sogar nur 85 Prozent. Gewerkschaften, Umwelt- und Branchenverbände hatten gegen die Ankündigungen scharf protestiert.

Berlin, den 24. 02. 2012      **Alexander Geisler, M.A.  
Büro Berlin**



## Ein Jahr USA

### Desirée Wegenast erhält Bundestagsstipendium



RIEDLINGEN - **Desirée Wegenast** aus Riedlingen hat vom Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** das große Stipendium des Deutschen Bundestags und US-Kongresses erhalten. Am 16. August fliegt sie als Vertreterin des Deutschen Bundestags nach Washington DC und wird ein Jahr in den USA verbringen. Zusammen mit einem Kollegen des amerikanischen Kongresses hat Martin Gerster die Patenschaft übernommen. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren setzte sich die 16-Jährige aus Riedlingen gegen zahlreiche Mitbewerber durch. Zuletzt konnte sie in der Endrunde beim zuständigen Abgeordneten Martin Gerster in einem persönlichen Gespräch punkten. Gerster: „Ich bin mir sicher, dass Desirée Wegenast unser Land und unsere Region in den USA hervorragend repräsentieren wird.“ Desirée Wegenast besucht derzeit die Geschwister-Scholl-Realschule Riedlingen und ist dort in der Redaktion der Schülerzeitung aktiv. Pluspunkte bei der Bewerbung brachte ihr auch die Teilnahme am Projekt „Comenius“, an dem sich die Realschule Riedlingen mit

Partnerschulen in Cardiff und Arnheim beteiligt. Schulleiter Werner Rieber: „Ich freue mich riesig, dass eine Schülerin unserer Schule dieses große Stipendium erhalten hat.“

Biberach, den 24. Februar 2012 **Wolfgang Heinzl**,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

### MdB Gerster:

## "Grünes Licht aus Stuttgart"

### Mühlbachschule Schemmerhofen wird Gemeinschaftsschule

SCHEMMERHOFEN - Gute Nachrichten für Schemmerhofen: Die Mühlbachschule ist nachträglich als 35. Starterschule für den neuen Schultyp Gemeinschaftsschule im Land anerkannt worden. Eine entsprechende schriftliche Bestätigung des Kultusministeriums liegt dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** vor: "Der große Wunsch der Schule und des Gemeinderats wird damit wahr. Schon im neuen Schuljahr wird die Mühlbachschule als Gemeinschaftsschule geführt."

"Eigentlich war der Prozess zur Auswahl der Starterschulen im Kultusministerium bereits abgeschlossen", so der Abgeordnete Martin Gerster, "das große Engagement von Schulleitung und Verwaltung sowie zahlreiche Gespräche auf politischer Ebene haben aber dazu geführt, dass die Mühlbachschule jetzt doch noch zu den Pionierschulen im Land für die neue Schulform gehören wird."

Am Samstagvormittag hat MdB **Martin Gerster** sowohl Bürgermeister Eugen Engler wie auch Schulleiter Wolfgang Kirschner persönlich über die positive Entscheidung in Stuttgart informiert. "Der Schulstandort Schemmerhofen wird dadurch klar gestärkt", so Gerster. Geplant ist, noch im März einen offenen Informationstag für Eltern und Schüler der jetzigen vierten Klasse anzubieten. Ziel ist, mit der Anmeldung zum neuen Schuljahr am 28. März und dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung möglichst viele zukünftige Fünftklässler mit einem attraktiven Bildungsangebot an der Mühlbachschule zu halten.

Für den SPD-Abgeordneten **Martin Gerster** ist besonders erfreulich, dass das Kultusminis-



terium innerhalb von vier Arbeitstagen nach dem klaren Votum im Schemmerhofener Gemeinderat am vergangenen Montag den Weg zur Gemeinschaftsschule freigegeben hat.

Biberach, den 3. März 2012  
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## **Biberacherin erkundet politischen Journalismus in der Bundeshauptstadt**

### **Alina Hemm macht mit beim Jugendmedienworkshop**

BIBERACH (zel) – Das Büro des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** brachte sie auf die Idee und nach wenigen Wochen des Wartens kam die Zusage: Die 19-jährige Abiturientin **Alina Hemm** aus Biberach fährt Ende dieses Monats nach Berlin, um als eine von 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten aus ganz Deutschland am sechstägigen Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestags teilzunehmen. Dies hat sie jetzt MdB Gerster bei einem Gespräch in dessen Bürgerbüro mitgeteilt: „Ich freue mich wirklich sehr und bin wahnsinnig gespannt, denn ich möchte beruflich in Richtung Journalismus gehen.“



**Gerster + Hemm**

Eine unabhängige Jury hat die jungen Medienschaffenden ausgewählt, die vom 25. bis 30. März den politischen Alltag und den Medienbetrieb in Berlin kennenlernen werden. Bundestag, Bundeszentrale für politische Bildung und Jugendpresse Deutschland e. V. veranstalten zum neunten Mal den Workshop, diesmal unter dem Motto: „Auftrag Gesellschaft. Zwischen Ehre und Amt – dein Dienst für die Demokratie?“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Wir-

kungen im demokratisch organisierten Gemeinwesen auseinandersetzen. Neben dem Ehrenamt allgemein zur Sprache kommen sollen dabei speziell auch die vor allem für junge Menschen gedachten Bereiche Freiwilliges Soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst und freiwilliger Wehrdienst.

Alina Hemm hatte das Motto angesprochen und sie reichte einen Artikel über demonstrierende Bürger ein: „Ehrenamtliches Engagement ist vielfältig, auch sich politisch zu engagieren gehört dazu und ohne geht's ja in der Demokratie nicht“, findet sie. Der Text überzeugte die Jury, nun freut sich die Biberacherin aufs Programm: Knapp eine Woche lang werden die jungen Leute zwischen 16 und 20 Jahren hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Bundeshauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen zum Schluss eine eigene Veranstaltungszeitung. Auch in Martin Gersters Abgeordnetenbüro wird Alina Hemm vorbeischauen, um sich einen Eindruck über dessen Arbeit in Berlin zu verschaffen.

Im April beginnt dann Alina Hemms erstes Semester im Studiengang Medien und Kommunikation an der Universität Passau. „Die Zusage jetzt zum Workshop war schon etwas kurzfristig“, sagt sie, „aber ich krieg's hin und werde in Berlin sicher viele interessante Leute treffen.“

Biberach, den 13. März 2012  
Wolfgang Heinzel,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## **Land wertet PG-Konzept auf**

### **Individuelle Förderung steht beim Biberacher Pestalozz gymnasium ganz oben**

BIBERACH – Das Kultusministerium begleitet das dreijährige Projekt „Herkunft und Bildungserfolg – Fördergarantie“ am Biberacher Pestalozz gymnasium (PG) ab sofort personell. Das hat die „Stabsstelle Gemeinschaftsschulen, Schulmodelle, Inklusion“ des Kultusministeriums jetzt dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** mitgeteilt. Vor kurzem habe im PG ein Gespräch von Stabsstellenleiter Norbert Zeller und ihm mit der Schulleitung stattgefunden, um sich über das Pilotprojekt zu informieren, und danach habe

man erreichen können, dass das Land einen Experten bereitstelle, um eine aussagekräftige Evaluation des Projekts zu sichern, sagte Gerster: „Das Ministerium hat diesen Fachmann an meine frühere Schule entsandt, der mit seiner Expertise das vom Projektteam ‚Fördergarantie‘ am Pestalozzigymnasium entwickelte Konzept unterstützt.“ Ziel des Projekts ist es, die Schüler in der Eingangsstufe des Gymnasiums individuell noch besser vorankommen zu lassen, so dass begabte aber benachteiligte Kinder ermutigt werden, den Schritt aufs Gymnasium zu wagen. „Damit wird ein Beitrag geleistet zu mehr Unabhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft“, so Gerster weiter. Diese Abhängigkeit ist in Baden-Württemberg noch besonders groß, wie eine deutschlandweite Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung gerade jetzt wieder ergeben hat.“

Biberach, den 16. März 2012      Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

### Stellvertretender SPD-Fraktionschef Martin Rivoir, MdL, zieht Bilanz:

## „Nicht alles ist im ersten Jahr zu schaffen“

OCHSENHAUSEN (zel) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** konnte rund 40 Interessenten im Nebenzimmer des Ochsenhausener Hotels „Mohren“ begrüßen, die wissen wollten, wie die Bilanz des ersten Regierungsjahrs von Grün-rot in Stuttgart ausfallen würde. Der stellvertretende Fraktionschef der SPD im Landtag, **Martin Rivoir**, vermeldete zwar schon viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag als erledigt, aber: „Nicht alles ist im ersten Jahr zu schaffen.“



„Bei uns läuft der Kommunikationsprozess seit der Regierungsübernahme andersherum“, machte Rivoir den neuen Stil der grün-roten im Gegensatz zur vorigen Landesregierung deutlich: „Wir sagen als Regierung nicht, wie es gemacht werden muss, sondern setzen auf eine Kultur des Dialogs.“ Als Beispiele dafür nannte der 51-jährige Vizefraktionschef die Gemeinschaftsschulen („Die Schule entwickelt selbst ein passendes vernünftiges Konzept“), die Betreuung für unter Dreijährige („Wir reden offen mit den Kommunen über den Bedarf und bezahlt wird, was kommt, hier hat das Land mit 340 Millionen Euro dieses Jahr jetzt richtig Verantwortung übernommen“) und die Polizeireform („Polizei und Landkreise entwickeln gemeinsam mit uns die neuen Strukturen, bis Ostern ist entschieden, wie sie aussehen“). Diese Vorhaben stünden im Koalitionsvertrag, ebenso, dass man Straßen jeder Kategorie ausbaue, wo nötig: „Die alte Regierung hat einfach die Taktik der Spatenstiche verfolgt und oft etwas angefangen, aber nicht fertig gebaut.“ Man habe „schlicht“ das Problem, dass der Verkehrsetat massiv unterfinanziert sei, sagte der Ulmer Landtagsabgeordnete: „In Baden-Württemberg sind Straßen für 4,6 Milliarden Euro planfestgestellt oder im Bau, der Bund gibt uns aber jährlich nur 120 Millionen.“ Die Landesregierung erstelle deshalb gerade ein Konzept, das bei Straßenbaumaßnahmen Prioritäten nach zwei Kriterien setze: Kosten-Nutzen-Verhältnis und Grad der Einigkeit vor Ort.

Als weitere Kostentreiber für den Haushalt nannte Rivoir die Abschaffung der Studiengebühren (180 Millionen pro Jahr) und das strukturelle Defizit aufgrund gesetzlicher Vorgaben von jährlich bis zu 2,5 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 39 Milliarden. „Wir haben kaum eigene Steuern und sind auf Zuweisungen des Bundes angewiesen“, erläuterte der SPDBetreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Biberach. „Wir hoffen deshalb auf eine Vermögenssteuer, die uns eine halbe Milliarde pro Jahr brächte.“ Um 2020 schuldenfrei zu werden, müsse folglich das Land bis dahin jährlich 2 Milliarden weniger ausgeben: bei Förderprogrammen, Unis, Forschung, Straßenbau, aber auch beim Landespersonal, dessen Kostenanteil 40 Prozent betrage. Rivoir: „Wir reden übers Wie, nicht übers Ob.“ Als von der neuen Landesregierung schon abgehackte Vorhaben nannte er noch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und die

Teilwiedereinführung neunjähriger Gymnasialzüge.

In der anschließenden angeregten Diskussion kam unter anderem die Elektrifizierung der Südbahn zur Sprache. „Ich gehe zu 100 Prozent davon aus, dass das läuft“, so Rivoir, „Wir haben die Hälfte der Kosten im Landeshaushalt eingestellt und die ab 2016 neu ausgeschriebenen Verträge lauten schon auf Elektrobetrieb.“

Zu Beginn der Kreismitgliederversammlung war der Betriebsrat Daniel Becker aus Biberach als Delegierter zum Gründungstreffen der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der Landes-SPD gewählt worden, Ersatzdelegierte wurde die Ochsenhausener Lehrerin Anne Burth. Zudem hatte MdB Gerster beim Referenten Rivoir gleich dreifach für Freude gesorgt: „Immer, wenn ich zu Martin Gerster komme, überreicht er Parteibücher an Neumitglieder, da freue ich mich jedes Mal.“

**Biberach, den 22. März 2012** Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

### "Wir sind ja nur Frauen"



Über 270 Filialen wird die insolvente Drogerie-Kette Schlecker in Baden-Württemberg schließen, über 1000 Mitarbeiterinnen verlieren ihre Arbeitsplätze. Die Landesregierung kämpft um die Finanzierung einer Transfer-Gesellschaft. Wie die Stimmung in der Region ist, erfuhr Hans-Peter Storz bei einem Besuch in der Filiale in Welschingen.

Noch drei Tage hat die Schlecker Filiale in Engen-Welschingen geöffnet. 30 Prozent Rabatt locken die Kunden an, um die letzten Artikel aus bereits gähnenden Regalen abzuverkaufen. "Leichenfledderer" schimpfen die Mitarbeiterinnen. Endzeit-Stimmung nicht nur in Welschingen. Auch in Tengen, Steißlingen, Allens-

bach, Stockach und in Hilzingen, wo bis zuletzt noch Hoffnung war, ist am Samstag, den 24. März Schluss.

### Endzeitstimmung

Wie geht es für die Mitarbeiterinnen weiter? In der Region werden 17 von ihnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Ob sie ohne weiteres eine neue Beschäftigung finden ist fraglich. Wenn freie Stellen im Einzelhandel nicht besetzt werden können, habe dies gute Gründe, heißt es.

Die Betriebsratsvorsitzende in der Region Hegau, Monika Opitz, ärgert sich vor allem über die Berliner Politiker. Für Opel, Banken oder die Griechen übernehme der Bund Bürgschaften. Bei Schlecker zeigte die Regierung kein Interesse. "Wir sind ja nur Frauen," wurde dies bitter kommentiert. Hans-Peter Storz sei bislang der einzige Politiker in der Region, der sich für die Schlecker-Mitarbeiterinnen interessiert habe.

### Landesregierung bürgt

Anerkennung erhielt daher das Engagement der Landesregierung. Baden-Württemberg brachte die betroffenen Länder zusammen und übernimmt jetzt mit sieben Millionen Euro einen Teil der Bürgschaft für ein Darlehen, das der Transfergesellschaft den Start ermöglicht. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die Sanierung des restlichen Unternehmens, ist auch die Gewerkschaft ver.di überzeugt.

### Hilfe durch Transfergesellschaft?

Eine Transfergesellschaft soll den von Entlassung bedrohten Mitarbeiterinnen helfen, eine neue Beschäftigung zu finden, indem ihnen zum Beispiel berufliche Weiterbildung angeboten wird. Die Erwartungen an diese Gesellschaft sind jedoch niedrig. Denn vor allem für ältere Frauen mit geringer Mobilität sind die Beschäftigungschancen im ländlichen Raum nicht sehr groß.

### Mindestlohn gefordert

Was kann die Politik tun? Der wichtigste Schritt sei ein gesetzlicher Mindestlohn, der für jeden Arbeitgeber - auch im Handel - verbindlich sein müsse. Markus Klemt, in der Gewerkschaft ver.di für den Handel zuständig - spricht auch andere - Fragen der Regulierung an. Die Politik müsse die Verlagerung des Einzelhandels an die Ortsränder und auf die grüne Wiese verhindern. Außerdem habe der zu sehr aufgeweichte Ladenschluss zur Schließung von



kleineren Läden und von Arbeitsplätzen geführt.

veröffentlicht am 21.03.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

## SPD Kreis Ravensburg

### Zwischenruf:

## Ist das die Realität der Parteireform?

In der Beilage „Intern“ des „Vorwärts“ vom März 2013 erfahren wir, wie die im vergangenen Jahr beschlossene Parteireform bei der Aufstellung des Wahlprogramms der SPD für die Bundestagswahl 2013 umgesetzt werden soll. Da legt der Parteivorstand „zentrale Leitideen“ vor. Diese werden mit relevanten Vorfeldorganisationen diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion wird dann – vom Vorstand vermutlich – in einem Programmentwurf ausformuliert.

In einer zweiten Diskussionsphase sollen Bürgerinnen und Bürger an der Willensbildung beteiligt werden. - Wer wählt diese Bürger aus - und nach welchen Kriterien? Beschlossen wird das Programm dann von einem Parteitag, zu dem ebenfalls Bürgerinnen und Bürger Rede- und Fragerecht haben. Auch hier stellt sich die Frage welche Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden und nach welchen Kriterien.

Wo bleiben die Parteimitglieder, wie werden sie an der Willensbildung beteiligt? War es nicht ein Ziel der Reform, die Mitwirkungsrechte der einfachen Mitglieder zu stärken? Alles scheint darauf hinzudeuten, dass das Misstrauen des Kreisverbands Ravensburg, das sich in einem Antrag für die Stärkung der Mitgliederrechte auf dem Landesparteitag artikuliert hat, nicht unberechtigt war. Wenn sie nicht aufpassen, dürfen die Parteimitglieder im Wahlkampf ein Programm vertreten, an dessen Inhalt sie keinen Anteil haben. Das dürfte mit den Grundsätzen demokratischer innerparteilicher Willensbildung schwer zu vereinbaren sein. Also bitte: Sobald die zentralen Leitideen des Parteivorstands vorliegen, gilt es, die Beteiligung der Mitglieder zu organisieren!

07.03.2012

Peter Didszun

## SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

## Hilde Mattheis, MdB besucht die Deutsche Rentenversicherungsstelle in Ulm

Die SPD Bundestagsabgeordnete besuchte am Donnerstag, den 23. Februar, das Regionalzentrum der Deutschen Rentenversicherung in Ulm.



Sie sprach mit dem Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, Andreas Schwarz, dem Abteilungsleiter Willfried Heinrich und der Leiterin des Regionalzentrums Tabea Klötzner über die Arbeit der Deutschen Rentenversicherung in der Region Ulm und dem Alb-Donau-Kreis. Die 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich um die Beratung im Bereich Altersvorsorge, Rehabilitation und Erwerbsminderungsrente von rund 311.000 Versicherten, sowie rund 64.000 Rentnerinnen und Rentnern. Leiterin Klötzner berichtete von den Sorgen vor allem von Frauen und MigrantInnen im Alter unter Armut zu leiden. Direktor Schwarz bestätigte der SPD-Abgeordneten Mattheis, dass nach seiner Einschätzung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein sehr effektives Mittel zur Be-

kämpfung zukünftiger Altersarmut ist. Das Servicezentrum für Altersvorsorge klärt antwortsuchende und oft auch verunsicherte Menschen über Fragen rund um die Rentenbezüge und private Vorsorge auf. „Unter Altersarmut zu leiden ist ein der größten Sorgen dieser Zeit, die vor allem Frauen beschäftigt. Die Politik ist in der Pflicht den Sozialstaat so zu gestalten, dass er Lebensstandard sichernde Renten für alle garantiert.“, so Hilde Mattheis.

Ulm, den 27. 02. 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

### Mattheis:

## **Schlecker-Mitarbeiterinnen nicht im Regen stehen lassen!**

Die Bundesregierung verweigert den 12.000 vom Stellenabbau bei Schlecker betroffenen Beschäftigten die Unterstützung. Für die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** ist die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers nicht nachvollziehbar. „Wenn Arbeitsplätze in großen Industrieunternehmen bedroht sind, ist die Bundesregierung zu Recht bereit, schnell und unkompliziert zu helfen. Wenn jetzt für die 12.000 Schlecker-Mitarbeiterinnen eine Transfergesellschaft mit 70 Mio. Euro zwischenfinanziert werden soll, werden plötzlich ordnungspolitische Gründe vorgeschoben,“ **so Hilde Mattheis**.

Deshalb hat Hilde Mattheis bei der Bundesregierung eine schriftliche Begründung eingefordert und nachgefragt, mit welchen konkreten Maßnahmen die Bundesregierung den vom Stellenabbau Betroffenen helfen möchte. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Fragen innerhalb von einer Woche zu beantworten. Mattheis fordert: „Die Bundesregierung darf die Schlecker-Mitarbeiterinnen jetzt nicht im Regen stehen lassen. Die Frauen haben oft über Jahre mit hohem Einsatz bei Schlecker gearbeitet, sie brauchen jetzt dringend eine neue berufliche Perspektive.“

Ulm, 12. März 2012

### Anlage:

#### **Brief an**

**Herr Dr. Philipp Rösler**

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Scharnhorststraße 34 – 37

10115 Berlin

per Fax: 18615 – 7030

## **Insolvenz der Anton Schlecker e.K.: Schließung der Filialen in Ulm/Alb-Donau**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
sehr geehrter Herr Dr. Rösler,

als Abgeordnete im Wahlkreis Ulm/Alb-Donau bitte ich Sie dringend, sich nach Insolvenz der Anton Schlecker e. K. für die Gründung einer Auffanggesellschaft durch die Gewährleistung eines Kredits der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einzusetzen. Auch in meinem Wahlkreis sind sechs Filialen in Ulm und Umgebung und damit insbesondere die darin tätigen Arbeitnehmerinnen betroffen.

Hier geht es vor allem um Frauen. Frauen, die nicht das Geringste für das unternehmerische Versagen von Anton Schlecker können. Die Belegschaft ist tief verunsichert und hat Angst um ihre Existenz. Deshalb hat die Landesregierung in Baden-Württemberg, namentlich Herr Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid, unmittelbar nach Einleitung des Insolvenzverfahrens erste Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit geführt, die bei Schlecker die zentrale Koordination für Deutschland übernommen hat. Gleichzeitig hat der Insolvenzverwalter, Herr Geiwitz, um politische Unterstützung der Landesregierung gebeten. Dabei kündigte er an, ein Darlehen über 70 Millionen Euro zur Finanzierung einer Transfergesellschaft bei der KfW zu beantragen. Diese kann verhindern, dass die Betroffenen direkt in die Arbeitslosigkeit fallen. Bis zum 27. März muss eine Lösung gefunden werden.

Nur die Bundesregierung kann in der nötigen Kürze der Zeit eine tragfähige Lösung bewerkstelligen und die KfW anweisen, die notwendige Transfergesellschaft mit einem Darlehen zu finanzieren. Doch anstatt dies wenigstens zu prüfen, kam zumindest von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums bislang schlichte Ablehnung.

Sehr geehrter Herr Minister,

bundesweit sind mehr als 9.000 Arbeitsplätze akut bedroht. Allein in Baden-Württemberg sind beinahe 1.000 Beschäftigte betroffen. Gibt es keine Transfergesellschaft, dann können auch alle weiteren der rund 25 000 Arbeitsplätze betroffen sein.

Als Opel ins Wanken geriet, hatte die Bundeskanzlerin Hilfe versprochen. Aber gerade auch die Schlecker-Frauen verdienen unsere Solidarität. Tausende Arbeitsplätze und Existenzen sind zu wichtig, um sich einfach wegzuducken und ideologische Scheuklappen zu bemühen. Die betroffenen Frauen brauchen jetzt schnelle Hilfe – und keine ordnungspolitischen Floskeln. Die Beschäftigten verdienen eine echte Perspektive. Bitte setzen Sie sich dafür ein!

Mit freundlichen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB

## Hilde Mattheis, MdB, im Gespräch mit den Hospizgruppen in und um Ulm

Die SPD-Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** traf sich vergangene Woche mit den Hospizgruppen im Raum Ulm zu einem Netzwerktreffen.

Im Netzwerk Hospiz in und um Ulm haben sich 2010 die ambulanten Hospizgruppen aus Blaubeuren/Laichingen, Blaustein, Donau-Schmiechtal, Ehingen, Iller-Weihung, Langenau und Laupheim mit der Sitzwachengruppe am Bürgerheim Schelklingen und dem Hospiz Ulm zusammengeschlossen.

Nach der Begrüßung durch Pfarrer Gunther Wruck wurden die ambulanten und stationären Angebote der einzelnen Gruppen bzw. Einrichtungen vorgestellt, ebenso über die bisherige Arbeit im Netzwerk berichtet.

Schwerpunkte der Kooperation sind vor allem die Zusammenarbeit bei „grenzüberschreitenden“ Begleitungen oder bei Personalengpässen sowie der Erfahrungsaustausch im administrativen Bereich. Laut Pfarrer Wruck gehört auch der Aufbau und die Pflege von Kontakten zu anderen Berufsgruppen, die mit dem Thema Tod und Sterben in Berührung kommen, zu den gemeinsam wahrgenommenen Aufgaben. Die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis erklärte, dass sie gemeinsam mit ihrer Fraktion aktuell eine Gesamtkonzeption für den Bereich Sterbebegleitung und Unterstützung für Angehörige erstelle. Sie kündigte an, dieses Konzept mit den Hospizgruppen im Raum Ulm diskutieren zu

wollen. Einig waren sich alle Teilnehmenden des Gesprächs darin, dass die Hospizarbeit eine leise und stille Tätigkeit ist. „Die Arbeit in der Sterbebegleitung, eine Unterstützung der Angehörigen und die Trauerarbeit sind gesellschaftlich und menschlich enorm wichtig, auch wenn sie abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Wir möchten den Sterbenden einen würdevollen Abschied zu Hause, im Kreise der Familie, bei größtmöglicher Unterstützung und wenig formalen Hürden bieten“, so Hilde Mattheis.

Ulm, den 21. März 2012

Wahlkreisbüro  
Hilde Mattheis, MdB

BayernSPD  
SPD Kreisverband Lindau

## Lindau hat einen neuen SPD-Oberbürgermeister: Gerhard Ecker

Jetzt hat er die Sensation doch geschafft. Dr. **Gerhard Ecker**, einem Augsburger, gelingt mit 60,29 Prozent in der Stichwahl gegen seinen CSU/CDU-Mitbewerber Tappeser (Import aus Baden-Württemberg: Bad Saulgau bzw. Rottenburg im Landkreis Tübingen) der Wahlsieg. Er ist von den Lindauerinnen und Lindauern zum Nachfolger der 12 Jahre amtierenden Oberbürgermeisterin Petra Seidl gewählt worden. Die größten Erfolge am Wahlsonntag 26. Februar 2012 erzielte der 55jährige Sozialdemokrat Ecker auf der Insel selbst und im grenznahen Lindauer Stadtteil Zech (mit über 70 Prozent). Wahlbeteiligung 51,68 Prozent.



Genosse Poscher erzählt hocheifrig davon, wie es innerhalb weniger Tage gelungen ist, in der Inselhalle in Lindau einen fetzigen Nachmittags-Event mit dem Münchner Stadtoberhaupt Ude (SPD) zu organisieren. Die Inselhalle: voll besetzt. Die Gäste: begeistert vom kabarettistischen Supertalent von Christian Ude, der nächstes Jahr auch Ministerpräsident im Freistaat Bayern werden will. Auszüge vom Auftritt Udes in Lindau finden wir bei Youtube. Die Wählerinnen und Wähler erwarten vom früheren Stadtdirektor in Augsburg, dass Lindau vorankommt: bei den örtlichen und regionalen Bahn-Investitionen, in der Kulturpolitik, bei der Energiewende, in der Stadtentwicklung.

Ecker sieht Lindau in einem „Dornröschenschlaf“ in der allfälligen Konkurrenz mit den Nachbarstädten Bregenz, Friedrichshafen und Konstanz und wundert sich (so in seiner Rede zur Nominierung im April 2011), dass selbst nach wochenlanger Debatte innerhalb und außerhalb des Lindauer Stadtrates noch „kein abschließendes Bild über die zu Lindau passende optimale Tagungshalle“ Raum greift. Die Inselhalle sei ein aktuelles Beispiel für teure Fehlplanungen.

[www.ob-ecker.de](http://www.ob-ecker.de)

Das erste Projekt des neuen OB in der Stadt Lindau zeichnet sich schon ab. Es ist bei der letzten Stadtratssitzung (noch unter der bisherigen OB Petra Seidl) einstimmig beschlossen worden. Man muss vom hohen Schuldenberg herunter (insgesamt 64,6 Millionen Euro!) Die Stadt Lindau will in den kommenden Jahren immer 400 000 Euro an neuen Krediten weniger aufnehmen als sie an alten tilgt. Wenn 1,95 Millionen Euro an alten Krediten abbezahlt werden, dann dürfen vom Haushaltsjahr 2012 an nur 1,55 Millionen an neuen Krediten aufgenommen werden! Fünf Millionen Euro sind für die Sanierung der Inselhalle bewilligt worden. Diese Summe wird durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer finanziert. Ecker selbst hat im Wahlkampf eigentlich von einer Gewerbesteuer-Erhöhung nix wissen wollen.

In Augsburg ist der Gewerbesteuer-Hebesatz dreimal hintereinander gesenkt worden, und dennoch konnten der Schuldenstand verringert und die Investitionen deutlich ausgeweitet werden. Wie sagte der Altlateiner Christian Ude zu Georg Ecker in Abwandlung eines Äsop'schen Fabelsprichwortes: „Hic Lindau, hic salta!“

**W. Bernhard**

## » Mit Dr. Gerhard Ecker wird „einer von uns“ Oberbürgermeister »

### Stichwahl in Lindau klar für SPD- Kandidaten entschieden

Riesenjubiläum brandete in der Lindauer Inselhalle auf, als am vergangenen Sonntag um 18:14 Uhr das Ergebnis des ersten Wahlbezirks auf der riesigen Anzeigetafel erschien: 59 Prozent für Dr. Gerhard Ecker, den Kandidaten von SPD und Freien Wählern, der auch von der ÖDP unterstützt wurde! Und dann folgten Schlag auf Schlag die weiteren Ergebnisse mit bis zu über 71 Prozent für den Augsburger Stadtdirektor. Schon bevor das endgültige Ergebnis feststand, gratulierte der unterlegene CSU-Kandidat dem eindeutigen Sieger, der am Ende 60,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Neben Glückwünschen des Lindauer Landrats Elmar Stegmann und - für mich eine besonders nette Geste - Blumen für Eckers Gattin Ulrike von der noch bis 31. März amtierenden Oberbürgermeisterin Petra Seidl, die bereits im 1. Wahlgang aus dem Rennen fiel, gab es ein Standkonzert aller vier Musikkapellen Lindaus und Hunderte, die dem neuen Oberbürgermeister die Hand schüttelten.

Mich freut der Erfolg von Gerhard Ecker ganz besonders: Ich hatte ihn 2002 nach meiner Wahl zum OB von Augsburg aus München, wo Dr. Ecker als Ministerialrat tätig war, in meinen engsten Führungskreis geholt, wo er zunächst als Stadtdirektor wirkte und ab Ende 2003 als berufsmäßiger Stadtrat das Amt des Kämmerers, Personal-, Liegenschafts-, Forst- und Sportreferenten ausübte - und das mit großem Erfolg. Nach meiner Wahlniederlage 2008 wurde auch Dr. Ecker nicht mehr als Kämmerer wiedergewählt und musste auf die Position des Stadtdirektors zurückkehren. Daher freut es mich besonders, dass mein Freund Gerhard Ecker nun selbst in die Chef-Position aufrücken kann. Er hat sich seinen Wahlsieg in einem rund einjährigen harten und mit großem Einsatz absolvierten Wahlkampf ehrlich verdient. Er hat es geschafft, dass die Lindauer ihn als einen von ihnen betrachtet haben. Und er ist als Sozialdemokrat auch einer von uns! Sein Erfolg ist auch ein wichtiger Etappensieg der bayerischen SPD auf dem Weg zur Regierungsübernahme 2013.





Foto: privat

Er hat es mit einem souveränen Wahlsieg geschafft: Lindaus neuer OB Dr. Gerhard Ecker, hier nach dem ersten Wahlgang im Gespräch mit seinem früheren Chef Dr. Paul Wengert, der ihn 2002 als Augsburgener OB in seinen engsten Führungskreis geholt hatte.

Newsletter Nr. 29 | Februar 2012  
Dr. Paul Wengert | MdL

## Fortsetzung von Seite 12

### Termine

#### OV Markdorf:

##### **Vorstand**

Donnerstag, 12.04.2012, 20:00 Uhr  
Ort: Krone

##### **Sommerfest der SPD Markdorf**

Samstag, 07.07.2012,  
13:00 Uhr -18:00 Uhr  
Ort: Turnerhütte

#### OV Meersburg:

Donnerstag, 29.03.2012  
20:00 Uhr

##### **Jahreshauptversammlung**

Ort: "Gutsschänke" des Staatsweingutes,  
Seminarstr. 4, Meersburg

#### OV Tettang:

26.04.2012,  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

##### **Stammtisch**

### SBI

Hat die Bodensee-S-Bahn eine Zukunft? In der Theorie ja, und in der Praxis? Wer sitzt auf der Bremse?

**Gemeinsame Konferenz der Bodensee-Internationale(Präsidium +Vorstand) und der Initiative Bodensee-S-Bahn**

[www.bodensee-s-bahn.org](http://www.bodensee-s-bahn.org)

am Montag, 2. April 2012,  
18.30-20.30 Uhr in Friedrichshafen,  
Seehotel am Stadtbahnhof  
Vorbesprechung (Ablauf):  
1. März 2012, 15 Uhr in Friedrichshafen,  
Seehotel

### **SBI:**

## **Rüstungskonversion am Bodensee und Ostermarsch 2012**

Über 7 000 Arbeitsplätze rings um den Bodensee existieren in Unternehmen, die dual-use-Produkte herstellen. Das sind Maschinen und Fahrzeuge, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Ein sensibles Thema, für Sozialdemokrat/innen wie für Gewerkschafter. Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ hat darüber am 4.November 2010 einen eigenen Artikel geschrieben: Der Tod ist ein Meister vom Bodensee... Im politischen Alltag gehen wir recht entspannt mit diesem Konflikt um, Hauptsache wir haben keine höhere Arbeitslosigkeit- das ist ja auch wichtig. Betriebsräte und Gewerkschafter unternehmen fast nichts, um im Interesse der vielen Opfer in den Konfliktregionen dieser Welt aktiv und nachhaltig eine Rüstungskonversion anzustreben. Dazu würde uns in der SPD auch ein Passus im geltenden Hamburger Grundsatzprogramm aufrufen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bodensee-Internationale (SBI) bei ihrer jüngsten Vorstandssitzung am 1.Februar in Friedrichshafen einmütig dem Anliegen von Fredi Alder, dem SBI-Vizepräsidenten aus der Schweiz (Rorschach), entsprochen. Er sagte dem Aktionskomitee für den diesjährigen Ostermarsch am Bodensee zu, dass die Bodensee-Internationale sich dieses Jahr an den Aktivitäten und Kundgebungen beteiligen will. Beteiligt sind viele Organisationen, Kirchengemeinden und gewerkschaftliche Initiativen.



Quelle: Lothar Höfler, Lindau, Website „Initiative gegen Waffen vom Bodensee“  
mit freundlicher Genehmigung

**Am Ostermontag, 9. April 2012, findet der Ostermarsch statt, unter dem Motto „für eine rüstungsfreie Zone am Bodensee“. Alle Ortsvereine, SP-Sektionen (CH) und Ortsparteiorganisationen sind ebenso wie die Gewerkschaften aufgerufen, an den Aktivitäten u. Kundgebungen teilzunehmen.**

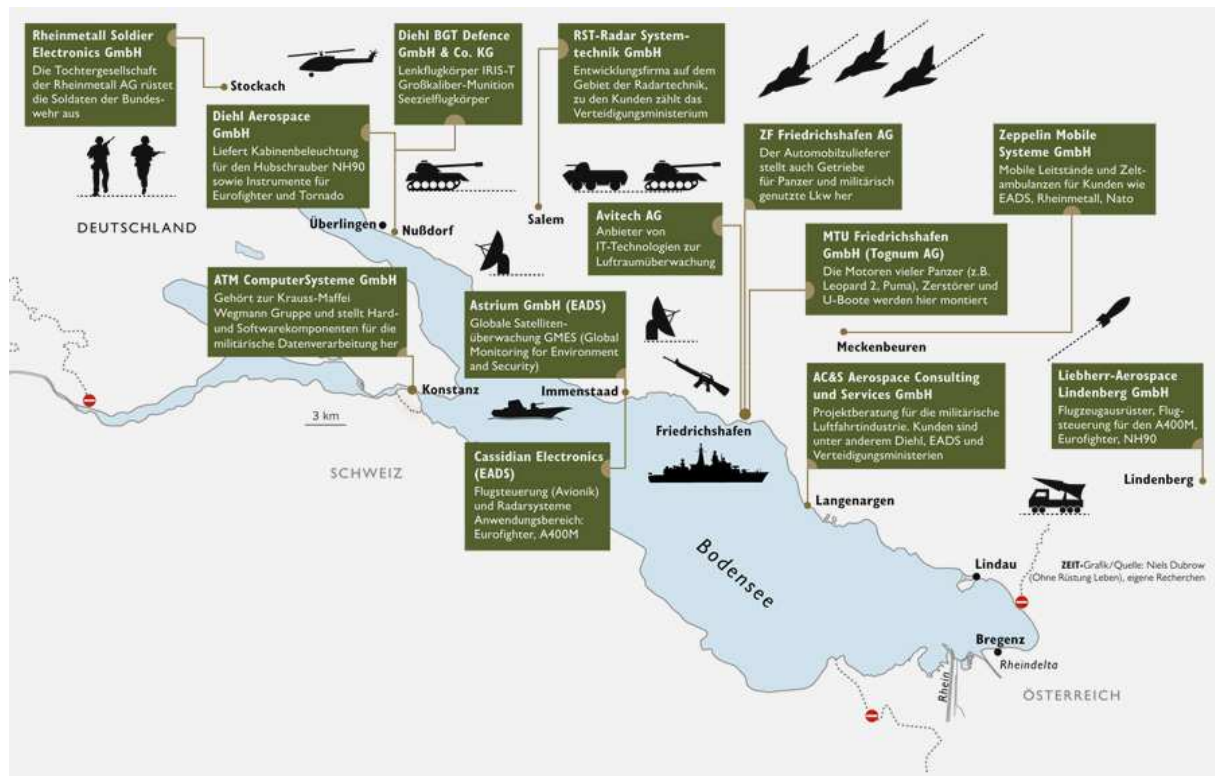
Das Programm beginnt um 9.45 Uhr **am Bahnhof in Arbon**. Fahnen und Transparente sind sehr erwünscht! Nach einem Fußmarsch ins nahe **Steinach** zur Firma STI Hartchrom geht es mit der Bahn am Schweizer Ufer um 12.14 Uhr nach Romanshorn, um 12.36 Uhr mit der Fähre nach Friedrichshafen.

Hier findet um 14 Uhr eine Kundgebung vor der MTU (an der Maybachstraße) statt. Zum Abschluss sind die Teilnehmer/innen zu einem festlichen Meeting mit Imbiss im Katholischen Gemeindesaal St. Nikolaus in der Häfler Altstadt eingeladen,

Beginn 15 Uhr.

Man/Frau sollte sich zum Ostermarsch anmelden: e-mail: [info@sosos.org](mailto:info@sosos.org)

W. Bernhard



Quelle: DIE ZEIT vom 4.11.2010, Autor: Claas Tatje mit freundlicher Genehmigung des Autors

## Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 23. März 2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Landtagswahlen: Dreimal gute Chancen für die SPD

### Die Themen:

- Herzlichen Glückwunsch! Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident
- Equal Pay Day: SPD will Lohngerechtigkeit für Frauen durchsetzen
- Steinmeier: Organspende ist eine Frage der Mitmenschlichkeit!
- Fraktion fordert: Praxisgebühr abschaffen
- NPD-Verbot: Keine Bedenken, sondern entschlossene Taten
- Verbraucherpolitik neu ausrichten
- SPD: Wir brauchen einen Finanzmarktwächter
- Kleingruppenhaltung von Legehennen ist nicht artgerecht
- Europa: Bundesregierung muss offenen Dialog mit Ungarn einfordern
- Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation für Soldaten/innen im Einsatz
- Presse-Grosso gesetzlich verankern
- SPD-Fraktion setzt sich für höhere Mobilität von jungen Menschen ein
- Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen effektiver umsetzen
- SPD-Fraktion fordert höheren Etat für Freiwilligendienst
- Namibia: Kolonialverbrechen durch entwicklungspolitische Hilfen und Dialog aufarbeiten

Interview:

- Steinmeier: "Die Koalition ist am Ende der Gemeinsamkeiten"

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Steinmeier sieht in allen drei Landtagswahlen SPD vorne

Video/Foto:

- Video: Steinmeier sieht in allen drei Landtagswahlen SPD vorne
- Video: Rede Steinmeier - Mehr Organspender gewinnen
- Video: Wahl des Bundespräsidenten 2012
- Fotos: Equal Pay Day 2012

- Fotos: Verkehrssicherheitsarbeit in der Praxis
- Fotos: Rund um die Bundespräsidentenwahl

---

## **Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"**

---

### **Landtagswahlen: Dreimal gute Chancen für die SPD**

Die politische Lage befindet sich in einem dramatischen Wandel. Der Zerfallsprozess von Schwarz-Gelb hat sich noch einmal stark beschleunigt. Anfang des Jahres schien es noch so, als sei Schleswig-Holstein das einzige Land, in dem gewählt würde. Dann kam der Bruch der Jamaika-Koalition an der Saar und vergangene Woche forderten Union und FDP Neuwahlen in NRW heraus. 2012 ist zum Jahr der Entscheidungen geworden. Drei Länder stehen vor Wahlen - dreimal gute Chancen für die SPD.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60669,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60669,00.html)

---

## **Die Themen**

---

### **THEMENÜBERGREIFEND**

Herzlichen Glückwunsch! Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident - Der Kandidat von SPD und Grünen mit überwältigender Mehrheit zum Staatsoberhaupt gewählt

Am Sonntagnachmittag ist der ostdeutsche Protestant Joachim Gauck von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Gauck erhielt 991 von 1228 gültigen Stimmen, das entspricht knapp 80 Prozent der Stimmen. Der 72-jährige evangelische Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde ist damit der elfte deutsche Präsident.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60646,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60646,00.html)

### **FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

Equal Pay Day: SPD will Lohngerechtigkeit für Frauen durchsetzen - Frauen verdienen Mehr - Frauen verdienen gesetzliche Lösungen

Am heutigen Equal Pay Day haben die Frauen in Deutschland das Jahreseinkommen verdient, das ihre männlichen Kollegen bereits am 31. Dezember verbuchen konnten. Diese ungerechte Lohnlücke von 23 Prozent muss endlich beseitigt werden. Von Schwarz-Gelb haben Frauen keine Unterstützung zu erwarten. Die SPD-Bundtagsfraktion bringt in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf ein, der dazu beitragen soll, dass endlich Lohngleichheit in unserem Land hergestellt werden kann.

**Mehr ....**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60563,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60563,00.html)

### **GESUNDHEIT**

Steinmeier: Organspende ist eine Frage der Mitmenschlichkeit - Bundestag debattiert Novelle des Transplantationsgesetzes

Der Bundestag hat gestern in 1. Lesung einen fraktionsübergreifenden Entwurf und einen Regierungsentwurf zur Änderung des Transplantationsgesetzes beraten. Ziel ist es, die Anzahl der Organspender zu erhöhen. Durch regelmäßige und gezielte Informationen sollen die Bürgerinnen und Bürger dazu gebracht werden, eine Entscheidung zur Organspende zu treffen. Maßgeblicher Initiator für die Gesetzesänderung war SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60709,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60709,00.html)

Fraktion fordert: Praxisgebühr abschaffen - Rückkehr zu Beitragsautonomie und paritätischer Finanzierung

Die SPD forderte in der Debatte über den Umgang mit den Überschüssen bei den Krankenkassen, zunächst die Praxisgebühr abzuschaffen. Sie habe ohnehin die beabsichtigte Steuerungswirkung - weniger Facharztbesuche - verfehlt, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach. Schwarz-Gelb ist in dieser Frage wieder einmal zerstritten und will die Entscheidung auf Kosten der Versicherten vertagen und prüfen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60442,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60442,00.html)

## **INNERES**

NPD-Verbot: Keine Bedenken, sondern entschlossene Taten - Christine Lambrecht zur Auseinandersetzung um ein NPD-Verbotsverfahren

Christine Lambrecht fordert Bundesinnenminister Friedrich im Rahmen der Innenministerkonferenz auf, "im Interesse unserer Demokratie und in Verpflichtung gegenüber den Opfern rechtsextremistischer Gewalt", alles daran zu setzen, ein erfolgreiches Verbotsverfahren zu unterstützen. Thomas Oppermann stellt klar: "Wer die NPD verbieten will, muss sorgfältig vorgehen, darf aber nicht kleinmütig und hasenfüßig sein."

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60721,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60721,00.html)

## **ERNAEHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

Verbraucherpolitik neu ausrichten - SPD-Fraktion legt verbraucherpolitische Leitlinien vor

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, endlich ein verbraucherpolitisches Konzept vorzulegen. Ministerin Aigner (CSU) reagiert auf Herausforderungen nur mit immer mehr Informationen und halbherzigen Kampagnen. Die SPD-Fraktion hat ihr Konzept zur Stärkung des Verbraucherschutzes Anfang März beschlossen und diskutiert es nun intensiv mit Organisationen und Verbänden.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60685,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60685,00.html)

SPD: Wir brauchen einen Finanzmarktwächter - Verbraucherrechte gegenüber dem Finanzmarkt stärken

Wir brauchen einen "Finanzmarktwächter" bei den Verbraucherzentralen, der den Markt beobachtet, die Behörden über Missstände informiert und mit Abmahnungen und Klagen als Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher tätig wird.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,59965,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59965,00.html)

Kleingruppenhaltung von Legehennen nicht artgerecht - Änderung der Tierschutz-Nutztierverhaltensordnung bis Ende März

Von 2023 an soll die Legehennenhaltung in Kleingruppen verboten sein. Damit keine Gesetzeslücke entsteht, muss die Tierschutz-Nutztierverhaltensordnung sofort geändert werden.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60741,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60741,00.html)

## **ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Europa: Bundesregierung muss offenen Dialog mit Ungarn einfordern - Orbán-Regierung: Fern von europäischen Rechten und Werten

In Europa werden staatliche Entwicklungen in Ungarn mit Unbehagen wahrgenommen. Durch Verfassungsänderungen der Regierungspartei werden Grundrechte verletzt und demokratische Strukturen ausgehebelt. Dieser Prozess muss gestoppt werden.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,59253,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59253,00.html)

## **SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation für Soldaten/innen im Einsatz - Interfraktioneller Antrag von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen

Die Einsätze der Bundeswehr sind für die Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien eine besondere Belastung. Für die Angehörigen tritt neben die Herausforderung der räumlichen Distanz auch die Angst um den geliebten Menschen. Kommunikationsmedien wie Internet und Videotelefonie sind darum eine große Hilfe - sie müssen kostenfrei und flächendeckend in den Unterkünften vorhanden sein. Lesen Sie hier die Forderungen der Fraktion an die Bundesregierung.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60661,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60661,00.html)

## **KULTUR UND MEDIEN**



Presse-Grosso gesetzlich verankern - Vertriebssystem für Zeitungen und Zeitschriften erhalten

Das Presse-Grosso ist ein flächendeckendes Vertriebssystem für Zeitungen und Zeitschriften. Es sichert die Vielfalt der Medienlandschaft. Gerichtsurteile des Bundesgerichtshofs und eines Landgerichts stellen das System nun in Frage. In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, das Presse-Grosso gesetzlich zu verankern, um die Medienvielfalt zu sichern.

**Mehr ...**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60750,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60750,00.html)

## **TOURISMUS**

SPD-Fraktion setzt sich für höhere Mobilität von jungen Menschen ein - Aktionsplan zum Kinder- und Jugendtourismus muss weiterentwickelt werden

Im Jahr 2002 entwickelte die rot-grüne Bundesregierung einen Aktionsplan zur Förderung der Mobilität bei Kindern und Jugendlichen. Ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion ist es, dass die verankerten Ziele nicht nur weiterverfolgt, sondern auch erweitert werden. Jeder junge Mensch in Deutschland soll die Möglichkeiten haben, andere Länder zu bereisen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60689,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60689,00.html)

## **WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG**

Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen effektiver umsetzen - Behinderte bei Entwicklungspolitik noch immer außen vor

Eine unvorstellbare Zahl von Menschen auf der Welt lebt in unzumutbaren Verhältnissen - aufgrund von körperlichen Einschränkungen. Es muss eine zentrale Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit sein, für ein besseres Leben dieser Menschen zu sorgen. Bisher ist noch nicht viel geschehen. Lesen Sie hier, was sich ändern muss.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60717,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60717,00.html)

SPD-Fraktion fordert höheren Etat für Freiwilligendienst - Projekt "Weltwärts" leidet unter unzureichenden finanziellen Mitteln

Die Freiwilligenarbeit von jungen Menschen ist für die SPD ein unschätzbares Gut der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Und auch die hohe Zahl der Bewerbungen für die Freiwilligendienste zeigt die Lust junger Menschen an entwicklungspolitischer Arbeit.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60681,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60681,00.html)

## **AUSSENPOLITIK**

Namibia: Kolonialverbrechen durch entwicklungspolitische Hilfen und Dialog aufarbeiten - Versöhnungsinitiative mit Namibia muss voran getrieben werden

Nur mit finanziellen Hilfen kann für Kolonialverbrechen keine Schuld abgetragen werden. In Namibia kamen bei blutigen Kämpfen zwischen deutschen Kolonialisten und namibischen Volksstämmen über Zehntausend Einheimische ums Leben. Die Taten dürfen nicht in Vergessenheit geraten, ein intensiver Austausch mit Nachfahren der Opfer muss stattfinden - auch mithilfe einer Versöhnungsinitiative.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60696,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60696,00.html)

## **Interview**

"Die Koalition ist am Ende der Gemeinsamkeiten" - Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der Neuen Westfälischen Zeitung

In den letzten Wochen habe sich einiges ereignet, sagte Frank-Walter Steinmeier: Die Koalition ist in der Kandidatenfrage des Bundespräsidenten auseinandergebrochen. Beim Griechenlandpaket kam keine Kanzlermehrheit mehr zustande. Wenn der Vizekanzler über die Kanzlerin redet, müssen Vergleiche aus dem

Tierreich erhalten. "Das ist ein Gewürge, das so bis 2013 nicht weiter gehen kann", so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

**Mehr: ....**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60706,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60706,00.html)

---

#### **Pressestatement Frank-Walter Steinmeier**

---

Steinmeier sieht in allen drei Landtagswahlen SPD vorne - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier

Frank-Walter Steinmeier sieht den drei bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen für die SPD äußerst positiv entgegen. Mit Blick auf diese Plenarwoche wies der SPD-Fraktionschef auf die fraktionsübergreifende Einigung zu einer Neuregelung des Transplantationsgesetzes und auf den Equal Pay Day am Freitag, der auf die Lohnlücke von 23 Prozent zwischen Frauen und Männern aufmerksam macht, hin.

**Mehr: ....**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60674,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60674,00.html)

---

#### **Video/Foto**

---

Steinmeier sieht in allen drei Landtagswahlen SPD vorne

**Video ansehen ...:**

[http://youtu.be/JCNJoli\\_8F4](http://youtu.be/JCNJoli_8F4)

Rede Steinmeier - Mehr Organspender gewinnen

**Video ansehen ...:**

<http://youtu.be/YmPjagxeSFY>

Wahl des Bundespräsidenten 2012

**Video ansehen ...:**

[http://youtu.be/UBNtMGsJX\\_o](http://youtu.be/UBNtMGsJX_o)

Equal Pay Day 2012

**Fotos ansehen ...**

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629285403216/>

Verkehrssicherheitsarbeit in der Praxis

**Fotos ansehen ...:**

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629640246669/>

Rund um die Bundespräsidentenwahl

**Fotos ansehen ...:**

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629254135464/>

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

---

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

---

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,1910,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html)

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3942,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html)

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3214,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html)



# Impressum

## Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: [ASabah1@web.de](mailto:ASabah1@web.de)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: [rotersee@kabelbw.de](mailto:rotersee@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

[hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

Evelyne Gebhardt, MdEP:

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

Teresa Bücker, Redaktion SPD.de

[newsdesk@spd.de](mailto:newsdesk@spd.de)

SPD Presseservice:

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

Bernd Caesar:

[bernd.caesar@online.de](mailto:bernd.caesar@online.de)

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

[claudia.friedl@bluewin.ch](mailto:claudia.friedl@bluewin.ch)

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

[sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)

SPÖ-Express:

[laendle@spoe.at](mailto:laendle@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

Alexander Geisler, M.A.:

[Alex.Geisler@gmx.de](mailto:Alex.Geisler@gmx.de)

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

Büro H.-P. Storz, MdL:

[info@hans-peter-storz.de](mailto:info@hans-peter-storz.de)

Peter Didszun:

[peter.didszun@web.de](mailto:peter.didszun@web.de)

Dr. Paul Wengert | MdL, BY:

[paul.wengert@gmx.de](mailto:paul.wengert@gmx.de)

Maildienst SPD-Fraktion:

[webteam@spdfraktion.de](mailto:webteam@spdfraktion.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[rotersee@kabelbw.de](mailto:rotersee@kabelbw.de)